

**6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 27. Oktober 2005  
im Tell-Saal, Ostermündigen**

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Schluss: 21.30 Uhr**

---

<b>Vorsitz:</b>	Bruno Schröter	(EVP)	1
<b>Stimmzähler:</b>	Baumann Maria Anna	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
<b>Anwesend:</b>	Claudine Basler, Aziz Dogan, Tony Iannino ( <i>ab 19.30 Uhr</i> ), Rudolf Kehrli, Ursula Lüthy, Rudolf Mahler, Marianne Neuenschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann, Regula Unteregger	(SP)	12
	Erich Blaser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Christoph Künti, Patrik Lüthy, Lucia Müller, Beat Weber	(SVP)	7
	Heinz Gfeller, Egon Julmi, Marco Krebs, Peter Wegmann, Inge Wymann	(FDP)	5
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Franz Kälin, Eduard Rippstein ( <i>ab 20.15 Uhr</i> )	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Michael Meienhofer	(FORUM)	2
	Thomas Christen ( <i>bis 20.00 Uhr</i> ), Stefan Hübscher	(SD)	2

---

**36**

**Vertreter des Gemeinderates:** Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli, Thomas Iten, Florence Martinoia (*bis 21.00 Uhr*), Rolf Rickenbach, Peter Suter, Thomas Werner

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

**Entschuldigt:** **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Theo Lutz, Marco Mantarro, Rupert Moser, Aliko Maria Panayides

**Mitglieder des Gemeinderates**  
Ursula Norton, Urs Rüedi

**Protokoll:** Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

## G E S C H Ä F T E

69	P Protokoll-Genehmigungen	<b>Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 8. September 2005; Genehmigung</b>	<b>265</b>
70	20.101 Jahresvoranschläge	<b>Voranschlag der Laufenden Rechnung 2006 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung</b>	<b>266</b>
71	10.11 Reglemente Gemeinde	<b>Personal- und Besoldungsordnung (PBO) vom 23. Oktober 2005; Anpassung von Artikel 22 (Mutterschaft) an übergeordnetes Recht (Erwerb ersatzgesetz EGO) - Genehmigung</b>	<b>299</b>
72	50.11 Gebühren	<b>Reglement über die Festsetzung der Gemeinde-Einbürgerungsgebühren; Aufhebung</b>	<b>300</b>
73	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung	<b>UeO „Zentrum“ (Seniorenresidenz); Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen - Kreditbewilligung</b>	<b>301</b>
74	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung 42.312 Abwasseranlagen; Neuerstellung	<b>UeO „Mitteldorfstrasse/Gärtnerei Kiener“ (Revitalisierung Lötchenbach); Neubau und Ersatz der Wasser- und Abwasserleitungen - Kreditbewilligung</b>	<b>302</b>
75		<b>Orientierungen des Gemeinderates</b>	<b>305</b>
		<i>Buslinie 10: Abschaffung der Eilkurse - Richtigstellung der Mehrkosten</i>	<i>305</i>
		<i>Schulsozialarbeit; Standortbericht</i>	<i>305</i>
		<i>Wasser- und Abwasserreglemente; weiteres Vorgehen</i>	<i>306</i>
76	10.374 Interpellationen 10.801 Ständige Vertretungen in Gemeindeverbänden, regionale Gremien und Institutionen	<b>Überparteiliche Interpellation betreffend Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit; Vernehmlassung zu den Verfassungs- und Gesetzesänderungen - Stellungnahme der Gemeinde Ostermündigen; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>308</b>
77	10.374 Interpellationen	<b>Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Folgen der anvisierten Bevölkerungszahl; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>310</b>

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

**Ratspräsident:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **34** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Da der Stimmenzähler Theo Lutz heute abwesend ist, muss eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Als Ersatzstimmenzählerin der heutigen GGR-Sitzung wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

**BAUMANN Maria Anna (SP)**

#### **Mitteilungen des Ratspräsidenten:**

- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt Herr Stefan Lanz, Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, zur Auskunftserteilung zu Traktandum 70 (Budget 2006) an der heutigen Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurde verteilt:
  - Medienmitteilung: Sanierung Schulanlage Rüti; Besichtigungsmöglichkeit am 27. November 2005
  - „Horizonte“ des Vereins Region Bern (VRB), Ausgabe Oktober 2005
  - „Chili Gospel“ Konzert vom 11. November 2005 im Ref. Kirchgemeindehaus
- ① Das provisorische Sitzungsdatum vom 17. November entfällt. Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am 15. Dezember 2005 um **16.30 Uhr** statt.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant National.

#### **Traktandenliste:**

- Traktandum 75: Orientierungen des Gemeinderates
  - a. *Buslinie 10: Abschaffung der Eilkurse - Richtigstellung der Mehrkosten*
  - b. *Schulsozialarbeit; Standortbericht*
  - c. *Wasser- und Abwasserreglemente; weiteres Vorgehen*

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

**Erich Blaser (GGR-Vizepräsident):** Lieber Ratspräsident, ich möchte dir danken für den guten und interessanten Ratsausflug vom Freitag, 9. September. An diesem Tag habe ich zum erstenmal erfahren, dass in Langenthal eine Stofffabrik (Lantal AG) existiert, die Sitzüberzüge für fast sämtliche ÖV-Transportfahrzeuge (Car, Bus, Tram, Züge, Flugzeuge) in der ganzen Welt herstellt. Im Anschluss an diese perfekte Präsentation wurden wir im Stadthaus von Langenthal zu einem Apéro beim Stadtpräsidenten eingeladen. Fast ein wenig neidisch mussten wir zur Kenntnis nehmen, wie viele Gewerbe- und Industriebetriebe in Langenthal ansässig sind. Der gelungene Ausflug wurde mit dem traditionellen Spaghettessen im Grotto des Restaurant Bären beendet.

Ich glaube, dass an diesem Freitagnachmittag alle Abwesenden etwas verpasst haben! Ich möchte dir, Bruno, für den gelungenen Anlass mit einem edlen Tropfen ein grosses Dankeschön im Namen sämtlicher Teilnehmerinnen und Teilnehmern aussprechen.

😊😊😊 **A p p l a u s** 😊😊😊

69 P Protokoll-Genehmigungen

**Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 8. September 2005; Genehmigung**

**Egon Julmi (FDP):** Ich möchte dem Ratssekretär für die wiedergegebenen Voten zum Thema „Sanierung Rütischulhaus“ (Traktandum 58) meinen besten Dank aussprechen und dies obwohl nach dem Sitzungsunterbruch das Tonband nicht in Betrieb war. Auf Seite 213 (erster Abschnitt) habe ich die Frage „wie hoch ist der Mietzins der Montessori-Schule“ gestellt. Leider ist die Antwort des Gemeinderates noch ausstehend. Ich hoffte, die Antwort via GPK-Protokoll einfordern zu können. Leider war dies nicht möglich. Ich bin zuversichtlich, dass der Gemeinderat mir heute die ausstehende Antwort geben kann.

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** An der letzten GGR-Sitzung kannte ich den jährlichen Mietzins wirklich nicht. Die Montessori-Schule bezahlt gemäss Mietvertrag einen Mietzins von Fr. 46'000.-- pro Jahr.

**Lucia Müller (SVP):** Auf Seite 245 ist im zweituntersten Abschnitt die folgende Korrektur vorzunehmen:  
*Ich glaube nicht, dass der betreffende Immobilienfachmann, welcher in einem BZ-Interview am 21. Juni 2005 erwähnt hat: ...erwiesenermassen beträgt der Marktwertverlust von betroffenen Liegenschaften zwischen 20 - 50 %..., seine Behauptung aus der Luft gegriffen hat.*

**Walter Bruderer (FORUM):** Auf Seite 218 ist eine Korrektur vorzunehmen. Die Überschrift: „Grundsätzliches zum Sparantrag des FORUMS“ ist ein Absatz später (nach der Aussage von Christoph Künti) einzusetzen.

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Wortbegehren mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 4. Sitzung des GGR vom 8. September 2005 wird mit bestem Dank an den Ratssekretär genehmigt.

70 20.101 Jahresvoranschläge

### **Voranschlag der Laufenden Rechnung 2006 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung**

**Ratspräsident:** Zuerst wird die Botschaft und anschliessend der Voranschlag departementsweise beraten. Änderungsanträge (gemäss Art. 38 Geschäftsordnung GGR) können unter Angabe von Kontonummer und Seitenzahl gestellt werden. Die Anträge werden nach Art. 53 Abs. 3 Geschäftsordnung GGR sofort behandelt.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

### ***Voranschlag der Laufenden Rechnung 2005; 1. Trendmeldung Rechnungsergebnis***

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Wie in den früheren Jahren auch, kann der Gemeinderat vorgängig zu der Debatte über den Voranschlag im GGR einen Trend zur Jahresrechnung des laufenden Jahres bekannt geben:

Der Voranschlag 2005 weist - bei einem Aufwand von 78,6 Mio. Franken und einem Ertrag von 77,4 Mio. Franken - einen Aufwandüberschuss, ein Defizit von 1,2 Mio. Franken aus.

Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten darf erfreulicherweise festgestellt werden, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2005 wahrscheinlich besser ausfallen wird als budgetiert. Eine aktuelle Auswertung geht davon aus, dass vermutlich nicht mit einem Aufwandüberschuss gerechnet werden muss. Es darf erwartet werden, dass eine ausgeglichene Rechnung vorgelegt werden kann. Das würde eine Verbesserung von 1,2 Mio. Franken gegenüber dem Budget ergeben. Die Verbesserung ist auf der Ertragsseite eingetreten. Die Aufwandseite entspricht im gesamten etwa dem Voranschlag.

- ① Die Ausgaben für das Personal liegen um rund 150'000 Franken unter dem Budget. Es sind nicht alle vorgesehenen Stellen besetzt oder erst später belegt worden als angenommen. Der Sachaufwand wird vermutlich auch um rund 200'000 Franken tiefer ausfallen als budgetiert. Zudem konnten noch weitere Kosten von insgesamt 150'000 Franken eingespart werden.
- ① Demgegenüber liegen die Kosten für die LehrerInnenbesoldungen und der Lastenanteil an die Sozialhilfe um 500'000 Franken über dem Voranschlag. Die LehrerInnenbesoldungen sind etwas knapp budgetiert worden, zudem ist die Guttschrift aus der definitiven Abrechnung tiefer ausgefallen als erwartet. Der Grund bei der Sozialhilfe liegt in der immer noch anhaltenden Zunahme der Unterstützungsfälle.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

Bezogen auf den Aufwand kann gesagt werden, dass die einzelnen Positionen für den effektiven Jahresabschluss ziemlich genau berechnet werden können, was für die Ertragsseite - besonders wegen den Steuererträgen - nicht möglich ist.

- ① Bei den Steuern werden insgesamt Mehrerträge von 800'000 Franken erwartet. Bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen muss aber mit einem Minderertrag von 2,1 Mio. Franken gerechnet werden. Damit liegen wir mit 8,4 % unter dem Budget. Diese Tatsache ist schlicht als dramatisch zu bezeichnen.

Die Gründe dazu sind in der Botschaft zum Voranschlag 2006 erwähnt worden. Zum Einen konnten die geplanten Zuzüge von neuen Steuerzahlenden für das laufende Jahr - wie das der Bericht über die Gemeindeentwicklung vorgesehen hat - nicht realisiert werden. Das ergibt einen Ausfall von einer halben Million Franken.

Zum Anderen sind durch den Wegzug von zahlreichen und guten Steuerzahlenden grosse Steuerausfälle entstanden, die nicht durch entsprechende Zuzüge kompensiert werden konnten. Es kommt der Doppeleffekt zum Tragen, dass mehr gehen als kommen und dass im Durchschnitt mehr mitgenommen als eingebracht wird. Die Erscheinung in dieser starken Ausprägung gibt es erst seit dem letzten Jahr.

Der Steuerrückgang dafür beträgt aktuell 1,6 Mio. Franken und stützt sich auf die Berechnung der ersten und zweiten Steuerrate dieses Jahres ab. Diese Tatsache musste für den neuen Voranschlag - und um den geht es ja heute - berücksichtigt werden. Das ist auch der Grund für die Abweichung gegenüber dem Finanzplan, in dem noch bessere Annahmen getroffen werden konnten. Die dritte Steuerrate - sie wird im Dezember verschickt - wird Aufschluss darüber geben, ob dieser Abwärtstrend nun zum Stillstand gekommen ist. Wenn nicht, dann wird sich das Ergebnis der Rechnung wieder verschlechtern.

- ☺ Sehr erfreulich ist, dass sich die anderen Steuererträge um 2,9 Mio. Franken verbessern konnten. Das trifft im besonderen Masse auf die Grundstückgewinnsteuern zu. Besonders der Verkauf einer grossen Geschäftliegenschaft hat diesen einmaligen Ertrag gebracht, der nicht vorhersehbar gewesen ist.
- ☺ Die übrigen Ertragspositionen verbessern das Ergebnis um 0,5 Mio. Franken. Eine höhere Konzession der BKW - sie ist bereits im letzten Jahr zum ersten Mal ausgerichtet worden - macht etwa die Hälfte dieser Verbesserung aus.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine konstruktive und sachliche Budgetdebatte und bedanke mich für die Aufmerksamkeit und das Interesse an den Finanzen der Gemeinde Ostermundigen.

**Walter Bruderer (FORUM):** 2,3 Mio. Franken Defizit im Budget sind 1,3 Mio. Franken höher als im Finanzplan (FIPLA) geplant. Die Gründe dafür haben wir aus der interessanten Botschaft erfahren. Wir erachten es als nötig zu prüfen, mit welchen Mitteln das Defizit noch reduziert werden kann. Grosse Sprünge sind aus unserer Sicht - trotz intensiver Prüfung - nicht möglich. Ein Zurückweisen des Geschäftes macht

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

keinen Sinn. Auch eine Menge kleinerer Beträge kann sich summieren. Unsere Änderungsanträge haben wir für Sie kurz auf dem gelben Blatt - liegt auf Ihrem Tisch auf - begründet. Ausserdem habe ich nachfolgendes Postulat (gemäss Art. 53 Abs. 3 GO GGR) mit folgendem Wortlaut eingereicht:

*Im Interesse von nachhaltig problemlosen Gemeindefinanzen ist der Gemeinderat gebeten, zweckdienliche Massnahmen zu prüfen.*

#### *Begründung*

*Die Finanzen der Gemeinde entwickeln sich nur teilweise wie erhofft. Statt die Erträge, hauptsächlich aus Steuern, steigern zu können, nehmen die Aufwände auf diversen Gebieten und aus unterschiedlichen Gründen mehr oder weniger stark zu. Eine weitere Senkung der Steuern ist gefährdet. Desinvestitionen und Mehrwertabschöpfungen sind nicht beliebig vermehrbar.*

*Da das Parlament keine Investitionsrechnung mehr zur Beschlussfassung erhält, ist es schwierig abzuleiten, was im Voranschlag aus welchen Gründen berücksichtigt ist. Gezielte Massnahmen drängen sich auf, um nachhaltig mindestens ausgeglichene Rechnungsabschlüsse sicher zu stellen und den Anteil des Eigenkapitals im Verhältnis zum Fremdkapital zu steigern.*

#### *Vorschläge bzw. Impulse (Beispiele)*

- 1. Messbare Aussagen (z. B. Ziele, Definitionen)*
- 2. Aktualisierte Begründung der im Voranschlag berücksichtigten Investitionen*
- 3. Ausrichtung der Investitionen auf den erreichbaren Cash Flow<sup>1)</sup>*
- 4. Kostendeckende Abgeltung von Aufwänden (z. B. Zustellung der Zahlungsaufträge)*
- 5. Weitergabe der zuweisbaren Netto-Aufwände an deren Verursacher (z. B. Dienstleistungen von Hochbau, Werkhof, Polizei usw.)*
- 6. Periodisch überprüfte Gebühren- und Besoldungsregelungen*
- 7. FIPLA: Berücksichtigung aller wiederkehrenden Aufwände/Erträge aus den Investitionen.*

*sig. 26.10.2005 Walter Bruderer und Mitunterzeichnende*

---

<sup>1)</sup> Der **Cash Flow** ist eine aus dem angelsächsischen Raum stammende Gewinnkennzahl zur Unternehmensanalyse. Er beschreibt den Zugang an flüssigen Mitteln in einer Abrechnungsperiode. Seine Höhe ergibt sich im Wesentlichen aus der Addition von Jahresüberschuss, Steuern vom Ertrag und Einkommen, Abschreibungen sowie Veränderungen der langfristigen Rückstellungen. Aus seiner Höhe und Entwicklung lassen sich Rückschlüsse auf das Finanzierungspotenzial eines Unternehmens ziehen.



Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

Mit unserem unselbständigen Postulat möchten wir erreichen, dass sich der Gemeinderat messbare Ziele setzt, die vorgesehenen Investitionen vermehrt am Cash Flow orientiert, kostendeckende Aufwände an die Verursachenden weiter verrechnet, alle materiellen Regelungen periodisch überprüft und im Finanzplan künftig alle wiederkehrenden Aufwände aus den Investitionen berücksichtigt.

Wir erwarten vom Gemeinderat auch, dass er künftig in der Botschaft zum Voranschlag die geplanten Investitionen kurz begründet und auch darstellt, wie sich das Eigen- und das Fremdkapital in allen Teilrechnungen entwickelt.

Weil wir eine Finanzphilosophie „Laisser-aller - Laisser-faire“ überhaupt nicht unterstützen, möchten wir den Gemeinderat, das Parlament und auch die Verwaltung motivieren, den Gemeindefinanzen einen höheren Stellenwert beizumessen. Es genügt nicht, wenn die Verwaltung und die Finanzverwaltung alle Zahlen mit grossem Aufwand zusammen tragen, wenn die nötigen Schlüsse daraus nicht gezogen werden. Mit unserem Postulat wollen wir die Exekutive ermuntern, mehr fürs Führungsmittel „Finanzen“ zu tun.

In der Begründung zum Postulattext (ist auch auf dem gelben Blatt) haben wir ein paar Vorschläge oder Impulse aufgelistet; es sind Beispiele, die vermehrt werden können. Wir bitten den Rat, sowohl das Postulat als auch die Änderungsanträge zu unterstützen. Natürlich tritt das FORUM auf das Budget 2006 ein.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Grundsätzlich hat der Gemeinderat den Auftrag, zweckdienliche Massnahmen zu prüfen und diese werden auch laufend geprüft. In der Begründung wird auch auf mögliche Massnahmen hingewiesen. Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, diese Massnahmen an die Hand zu nehmen und gegenüber dem Parlament zu vertreten.

**Ratspräsident:** Bevor wir die Abstimmung vornehmen, wiederhole ich nochmals den Postulatstext:

*Im Interesse von nachhaltig problemlosen Gemeindefinanzen ist der Gemeinderat gebeten, zweckdienliche Massnahmen zu prüfen.*

### **A b s t i m m u n g :**

Das Postulat (gemäss Art. 53 Abs. 3 Geschäftsordnung des GGR) W. Bruderer (FORUM) und Mitunterzeichnende betreffend Voranschlag 2006 wird mehrheitlich angenommen.

**Franz Kälin (CVP):** Die CVP-Fraktion hat am vorliegenden Voranschlag keine Freude und ist enttäuscht darüber, dass die aufkommende Aufbruchsstimmung sich nur

als sogenanntes „Strohfeuer“ erwiesen hat. Wir hoffen auf eine konstruktive Budgetdiskussion, in welcher über Ursachen und nicht über Symptome diskutiert wird. Ein wenig Selbstkritik wäre heute Abend angebracht. Seit Jahren schreiben und berichten wir über die Gemeindeentwicklung - gefordert sind aber Taten und diese sind bis heute ausgeblieben. Seit der Verselbständigung im Jahre 1982 ist Ostermundigen mehr oder weniger an Ort getreten. Grosse Fische (im Wohnungsbau und Gewerbesegment) konnten nicht an Land gezogen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Vielen Leuten und Firmen haben die Verhältnisse in Ostermundigen nicht mehr zugesagt und sie haben die Konsequenzen gezogen. Dieser Missstand führte, wie von Peter Suter bereits vorgängig erwähnt, zu einem Loch in der Steuerkasse. Ein rasches Handeln ist gefordert, damit nicht weitere Abgänge verbucht werden müssen. Ein Standortmarketing wird zum absoluten Muss. Investoren sind zu suchen, denn diese ziehen nicht von sich aus nach Ostermundigen. Der Gemeinderat muss aktiv werden.

Aufgrund dieser Fakts muss ich erwähnen, dass die Politik von Ostermundigen versagt hat. Der Turnaround in die Moderne wurde nicht geschafft! Die Nachbars- und die Agglomerationsgemeinden stehen viel besser da. Wir tun uns schwer mit Projekten und Prozessen, welche wenig Wertschöpfung generieren (siehe Steingrübliareal, Verwaltungsreform, Sanierung Bernstrasse etc.). Wir müssen uns schwergewichtig auf die Gemeindeentwicklung und das Standortmarketing konzentrieren.

Wieso nehmen im Mösli-/Waldaugebiet alle interessanten Industriebetriebe ihre Bauaktivitäten auf der Stadtseite und nicht auf Ostermundigenseite an die Hand? Bei der Wahl des Wohn- oder Niederlassungsortes stehen die Lebensqualität und ein gutes Kosten-/Nutzenverhältnis im Vordergrund. Im wirtschaftlichen Sinn wird verstärkt nach Wirtschaftssituationen und weniger nach Mikrostrukturen Ausschau gehalten. Im Zeitalter der Globalisierung und der Regionalisierung sind auch die Gemeindegrenzen in Frage zu stellen. Wenn wir nicht in der Lage sind, den Rückstand auf unsere Nachbargemeinden aufzuholen, so muss über eine Radikallösung nachgedacht werden (z. B. Gemeindefusion, Gemeindeeingliederung), damit wir wieder gleichziehen können.

Trotzdem dankt die CVP-Fraktion für den Voranschlag 2006. Wir werden in der Detailberatung zu einigen Punkten noch Fragen stellen.

**Christoph Künti (SVP):** Die SVP-Fraktion hat den Voranschlag 2006 mit dem Finanzplan und den Budgetzielen verglichen. Ich möchte wie folgt Stellung nehmen:

Die Budgetzielsetzungen des Gemeinderates geben eine Beschränkung auf das Notwendigste vor. Die SVP-Fraktion möchte der Verwaltung grundsätzlich ein positives Feedback abgeben. In fast allen Bereichen wurde die Budgetierung nach der Budgetzielsetzung vorgenommen. Dem Gemeinderat und der Verwaltung danken wir für die Beantwortung der vorgängig gestellten Fragen.

Das Kernziel des Gemeinderates, die Entlastung für die steuerzahlende Ostermundigenbevölkerung, ist aus unserer Sicht als gescheitert zu bezeichnen. Die Pro-

kopfverschuldung ist viel zu hoch und der Voranschlag 2006 ist ein Schritt in die falsche Richtung. Hätten wir nicht den glücklichen Zustupf in Form der ausserordentlichen Grundstücksgewinnsteuer zuhanden der Laufenden Rechnung 2005, wäre das Ergebnis noch viel schlimmer. Die Chance für weitere solche „Lotto-6er“ ist aufgebraucht. Die Gemeindefinanzen befinden sich auf einem kritischen Weg. Es wird höchste Zeit, dass wir uns hier im Ratssaal dessen bewusst werden!

Ein Abbau des Eigenkapitals und ein Selbstfinanzierungsgrad von ca. 20 % sind eigenhändig betriebener Raubbau. Wir müssen eine Richtungsänderung vornehmen und längerfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von rund 80 % erreichen. Wie kann dieser erreicht werden?

- Kurzfristige Massnahmen mit sofortigen Auswirkungen müssen wir hier im Parlament auf das absolut Notwendigste beschränken. Geschäfte wie z. B. die „Umgestaltung der Bernstrasse“ haben keinen Platz.
- Der Gemeinderat darf dem GGR keine Geschäfte ausserhalb der Dringlichkeitsstufe 1 mehr vorlegen.
- Der Gemeinderat muss ein wirksames Desinvestitionsprogramm vorlegen.
- Wir erwarten vom Gemeinderat auch den Verkauf der Rüti-Liegenschaften in Erwägung zu ziehen.

Als mittelfristige Massnahme besteht die Möglichkeit, die vorhandenen baureifen Gebiete für Investoren interessant zu machen. Eventuell wäre eine Reduktion der Mehrwertabschöpfung oder ein Verzicht auf die Indexierung ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Gemeinderat wird von der SVP-Fraktion aufgefordert, diesbezüglich aktiver zu werden und bei möglichen Investoren direkt vorzusprechen. Nach dem Motto: *Wer ernten will, muss zuerst sähen*. Der Acker ist gepflügt. Wir sind bereit für die Saat.

Als langfristige Massnahme müssen wir uns Überlegungen machen und mit dem Gemeinderat eine Strategie festlegen, wie die Bevölkerungsstruktur verändert werden kann. Das Verhältnis von Mietwohnungen zu Wohneigentum ist zugunsten von Wohneigentum zu verschieben. Gemeinden mit einem grossen Anteil an Wohneigentum können einen höheren Steuerertrag verbuchen und müssen weniger Sozialaufwendungen leisten. Des weitern ist es unsere Pflicht, den Dienstleistungskatalog der Verwaltung ständig zu überprüfen und den entsprechenden demografischen Bedürfnissen anzupassen. Momentan würde das bedeuten, eine klare Reduktion des Personalaufwandes vorzunehmen. Aus diesem Grund ist es für uns unverständlich, dass im Bereich des Personalaufwands eine Erhöhung von über 4 % vorgesehen ist. In den Budgetzielen wurde unmissverständlich festgehalten, den Teuerungsausgleich voll auszuzahlen und jede frei werdende Stelle hinsichtlich der Wiederbesetzung auch die Notwendigkeit und Einreihung überprüft werden muss. Wir sind der Ansicht, dass dieses Budgetziel nicht eingehalten worden ist. Wir werden einen entsprechenden Plafonierungsantrag unterstützen oder selber einbringen.

Wir sind überzeugt davon, dass eine Verbesserung der Finanzsituation sich über Jahre hinweg entwickeln muss. Den Gemeinderat bitten wir, sämtliche Mittel auszu-

schöpfen, um die finanzielle Situation zu verbessern. Wir erwarten mit der Vorlegung der Legislaturzielen an der nächsten GGR-Sitzung die entsprechenden Zielvorgaben.

**Renate Bolliger (EVP):** Die EVP-Fraktion stimmt dem Voranschlag 2006 ebenfalls zähneknirschend zu. Wir sehen keinen Spielraum, um Kürzungen vorzunehmen. Einer erneuten Sparübung können wir nicht zustimmen. Sparen kann nur mit Leistungsabbau vollzogen werden und diesen wollen wir auf keinen Fall. Gute Steuerzahlende sind von Ostermundigen weggezogen. Wir müssen aufpassen, dass nicht noch mehr Leute wegziehen. Wichtig ist, dass wir mit den Überbauungsplanungen vorwärts machen und interessierten Personen, welche einen besseren Wohnraum suchen, künftig auch einen solchen anbieten können.

Es wäre sicher ein falsches Signal, wenn wir uns „zu Tode sparen“! Eine Tagesschule, die erweiterte Kindertagesstätte, die Sanierung des Rütischulhauses etc. all diese Vorhaben verursachen Kosten. Diese Kosten lohnen sich auf längere Sicht hin. Kleinere Beträge können gespart werden, wenn der Gemeinderat und die Verwaltung sich bewusst sind, dass nicht jeder budgetierte Franken ausgegeben werden muss.

Nicht in Frage kommt die geplante zweite Steuersenkung. Diese muss für längere Zeit vertagt werden. So bleibt zu hoffen, dass die Rechnung 2006 nicht so schlecht abschliesst, wie im Budget vorgesehen ist.

**Peter Wegmann (FDP):** Die FDP-Fraktion zeigt sich nicht erfreut über den Voranschlag 2006. Die Gemeinde Ostermundigen lebt momentan klar über ihren finanziellen Verhältnissen. In der Vergangenheit haben rund 1'100 Steuerzahlende Ostermundigen verlassen. Kinderreiche Familien sind zugezogen; leider aber nicht bessere Steuerzahlende. Eine vorliegende Erhebung per 2002 offenbart uns ein durchschnittliches steuerbares Einkommen von Fr. 36'000.-- gegenüber Fr. 62'000.--. Dieser Trend ist weiterhin im Sinkflug und dürfte nicht zuletzt auch auf die schleppende Erschliessung von Ostermundigen zurückzuführen sein. Dieser Trend findet auch beim Kanton eine gewisse Ähnlichkeit. Im gleichen Zeitrahmen ist der Personalaufwand der Gemeinde um 10,2 % und der Sachaufwand um 20,8 % angestiegen. Wir leiden frappant unter den zu vollziehenden Sanierungsbedürfnissen. Die Sanierungsbedürfnisse wurden in der Zwischenzeit noch mit Wunschbedürfnissen ergänzt. Ich erinnere an die Schulanlage Rüti, welche an der letzten Ratssitzung beschlossen wurde. Gegenüber dem Vorprojekt und dem Finanzplan wurden 1,7 Mio. Franken mehr bewilligt und das für äusserst fragwürdige, übertriebene und kostenmässig sehr schmerzhaft Massnahmen. Auch die Sanierung Bernstrasse oder die Wiedereröffnung der WC-Anlage Dreieck seien hier erwähnt. Hinzu kommen diverse Belange im sozialen Bereich mit teils ausser Norm kostenträchtigen Ausgaben.

Die beiden vergangenen positiven Rechnungsabschlüsse haben sich als äusserst trügerisch erwiesen. Die Fraktion der FDP hat davor immer klar und deutlich gewarnt. Leider hatten wir recht und die vorliegende Botschaft widerlegt diesen Sachverhalt. Klar ist ebenso der Weg zur Problemlösung. Entweder wir realisieren umgehend mehr Einnahmen oder weniger Ausgaben und das primär kurzfristig! Auch positive

News wie „Erträge aus Liegenschaftsverkäufen“ können die Liquidität nicht aber die fortlaufende Finanzkontinuität beeinflussen. Solche Glückstreffer in Sachen „Gewinnsteuer“ sind nicht alltäglich. Oder wir träumen weiterhin, bis unsere Reserven aufgebraucht sind und wir bevormundet werden. Folglich gilt es heute, mit Verstand (primär kurzfristig und teils auch mittelfristig) die Notbremse zu ziehen. Der anvisierte Bevölkerungszuwachs verbunden mit Steuermehrerträgen wird aufgrund der schleppenden Erschliessungsentwicklung noch einige Jahre auf sich warten lassen. Trotzdem betrachten wir die Absicht der Exekutive, an der vorgesehenen Steuersenkung festzuhalten, als absolut richtig. Neben anderweitigen Prädikaten ist das steuerliche Szenario von entscheidender Bedeutung. Erfahrungen in anderen Gemeinden und Kantonen haben gezeigt, dass die Entwicklung funktioniert und die Steuereinnahmen sprudeln, wenn der Steuersatz stimmt. Folglich sind Marketingmassnahmen und weitere Bestrebungen in diese Richtung absolut sinnvoll und ermöglichen auch die Erfüllung der sozialen Pflichten bzw. Aufträge.

Als markante Notbremse müssten wir die Botschaft zurückweisen, mit dem globalen Auftrag das Budget an den aktuellen Finanzplan anzupassen. Dies würde zwangsläufig punktuelle Verbesserungen (namentlich im Aufwandbereich) zur Folge haben. Was durchaus sinnvoll und dienlich zu sein scheint, lässt sich nur bedingt mit der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde vereinbaren. Wir betrachten deshalb - wie auch die SVP-Fraktion - vermehrte strategische Massnahmen als sinnvoll. Wir haben uns seit jeher an weitsichtigen und strategischen Kernpunkten orientiert. In anbeacht des aktuellen Steuer- und Bevölkerungsszenario stellen wir den folgenden **Änderungsantrag (Nr. 1)**:

*Der Personalaufwand ist mit Wirkung ab 1. Januar 2006 generell und befristet auf drei Jahre auf den Stand per Ende 2005 zu plafonieren.*

Verbunden damit ist auch die Erwartungshaltung, dass sowohl das aktuelle Budget, wie auch der Finanzplan berichtigt und die bekannten Gemeindeentwicklungsmassnahmen mit aller Kraft und Konsequenz umgesetzt werden.

Ausserdem erlaube ich mir die folgende Randbemerkung: Das aktuelle Budget offenbart ganz klar eine Gnadenfrist. Eine Gnadenfrist, welche dringsten genutzt werden muss. Somit fehlt uns bis auf weiteres jeglicher Spielraum für Wunschbedürfnisse wie Grossinvestitionen. Gefragt ist jetzt vielmehr reelles Wachstum und föderative Entwicklung. Die FDP-Fraktion wird sich nachhaltig in diese Richtung orientieren.

**Norbert Riesen (SP):** Auch ich möchte vorweg für die geleisteten Arbeiten im Namen der SP-Fraktion danken. Wir haben uns entschlossen, hier etwas länger und grundsätzlicher zu reden, um anschliessend bei den Anträgen in der Detailberatung bereits die Stossrichtung zu kennen.

1. Zur Finanzpolitik generell gilt es zu bemerken, dass die SP sich seit Jahren für eine Strategie eingesetzt hat.

2. Jetzt werden Nachholinvestitionen getätigt, damit die Gemeindeziele erreicht werden können. Möglichst viel davon soll aus dem laufenden Cash Flow finanziert werden. Hier besteht eine Übereinstimmung und wir haben ein Problem mit dem vorliegenden Budget.
3. In einer letzten Phase soll eine Steuersenkung vollzogen werden. Wir haben die Steuersenkung mitgetragen, da wir nach der Konsultation der vorhandenen Unterlagen (inkl. Finanzplan) der Auffassung waren, dass dieser Schritt vollzogen werden kann.

Auch für die SP-Fraktion ist der heutige Rückschritt frustrierend. Der Rückschritt führt zu einem grundlegenden Handlungsbedarf und Neubeurteilung, die aber nicht mit einem überstürzten Budgetrückweisungsantrag und Massnahmen erreicht werden können. Es muss dringend eine Strategie gefunden werden, um das Hauptziel „Bevölkerungswachstum“ zu erreichen. Ich möchte dafür plädieren, dass parteiübergreifende Lösungen gesucht werden.

Zu den Themen „Investitionen“, „Sachaufwand“, „Personalaufwand“ und „Steuerertrag“ möchte ich die folgenden Bemerkungen anbringen:

#### ① Investitionen

Wir sind der Meinung, dass die Exekutive die Investitionen in den nächsten sechs Monaten überprüfen, neu priorisieren und neu beurteilen sollte. Hier kann nicht bis zum nächsten Budget zugewartet werden. Diese Arbeiten müssen im Hinblick auf den Finanzplan sowieso ausgeführt werden. Die Exekutive hat in der Zwischenzeit eine Klausurtagung durchgeführt. Die Erkenntnisse dieser Klausurtagung können ohne weiteres auch dem Parlament dargelegt werden.

Mühe habe ich mit den Aussagen, welche einen Stillstand bei den Investitionen vorsehen. Bei der Überprüfung der Priorisierung der Investitionen ist es wichtig, sich die Ziele der Gemeindeentwicklung vor den Augen zu halten. Hier ist eine qualitative Aussage notwendig und diese gehört in die Überarbeitung. Bereits wurde der Verkauf der Rüti-Liegenschaften erwähnt. Hier ärgert mich etwas anderes: Der GGR-Beschluss wurde noch nicht umgesetzt, d. h. mit den Sanierungsarbeiten wurde noch nicht begonnen. Dem Votum von Christopf Künti möchte ich noch entgegen halten, dass mit dem Verkauf der Rüti-Liegenschaften das Defizit um Fr. 345'000.-- höher ausgefallen wäre. Heute verdient die Gemeinde an diesen Liegenschaften immer noch Fr. 345'000.--.

Ich plädiere für das Postulat des FORUMS. Das Postulat wurde mehrheitlich angenommen und ich verzichte auf eine weitere Begründung.

#### ① Sachaufwand

Ich möchte sowohl der Finanzkommission wie der Exekutive danken. Auf diverse Anregungen hin konnten 0,5 Mio. Franken gespart werden. Es stellt sich die Frage, ob die Sparrunde nicht schon früher hätte getätigt werden können? Kürzungen an Einzelpositionen unterstützen wir nicht, da mit diesem Vorgehen keine gravierenden

Verbesserungen erzielt werden können. Die Bemerkung gilt auch für die Investitionen. Im Verlauf einer Budgetdebatte können finanzielle Kürzungen nur schwer nachvollzogen werden. Die Auswirkungen bleiben fast immer unbekannt. Beim Sachaufwand ist kein Spielraum mehr ersichtlich.

#### ① Personalaufwand

Hier handelt es sich um ein spezielles Thema. Grundsätzlich sind gewisse Aussagen sehr tendenziös. Stefan Lanz hat erwähnt, dass die Stellen zum grössten Teil in den Lastenausgleich fallen. Es ist aber eine Tatsache, dass der Personalaufwand um 0,7 Mio. Franken angestiegen ist und die Rückvergütungen nur um 0,3 Mio. Franken gestiegen sind, d. h. rund 0,4 Mio. Franken gehen zulasten der Gemeindekasse.

Mich persönlich ärgert es mehr, dass das Geschäft „Behörden- und Verwaltungsreform“ nicht zügig vorwärts geht. In diesem Zusammenhang stellt für mich das Thema „Personal“ das Wichtigste dar. Doch auch hier dürfen keine falschen Schlüsse gezogen werden. Es ist nicht die Idee, die neusten Aufgaben nicht zu erledigen. Vielleicht sind die neusten Aufgaben die Wichtigsten. Die Abläufe müssen klar geregelt werden. Beim Geschäft „Schulsozialarbeit“ werden wir einen grösseren Personalaufwand nötig haben. Also gilt es, den Gesamtpersonaletat bei den Abteilungen Abteilung Bildung und Sport, Fürsorge und Vormundschaft zu überprüfen. Vielleicht können für die Schulsozialarbeit einige Stellenprozent freigegeben werden. Dieser Vorgang hätte das Ziel, dass keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden müssen. Die Abteilungsleitungen stellen ihr Personal den verändernden Bedürfnissen zur Verfügung.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Einsparungen und Ablaufverbesserungen nur noch departementsübergreifend erzielt werden können. Somit sind wir wieder bei der Situation mit 36 Schnittstellen innerhalb der Verwaltung, welche noch nicht gelöst werden konnten.

#### ① Produktivität

Die Standardaussage ist: „was gäh isch, isch gäh“. Hier besteht eine gewisse Gefahr für die Stellenprozent und das führt fast automatisch zu einer Starrheit. In der Realität ist es so, dass bei den Dienstleistungsbetrieben generell pro Jahr 1,5 % Produktivitätsfortschritt erkennbar sind. Das bedeutet, dass ein Jahr später 98 ½ Personen die gleiche Produktivität vornehmen, wie 100 Personen im Jahr vorher. Dieser Vorgang ist auch im Dienstleistungsbereich möglich. Die SBB können die Dienstleistungen nicht kürzen. Der Fahrplan ist heute dichter und das notabene mit 20 % weniger Personal. Die SBB haben übertrieben und das merken wir heute im Bereich Sicherheit.

Ich persönlich bin dafür, dass bis zu den Ergebnissen der Behörden- und Verwaltungsreform keine Personalaufstockungen mehr vorgenommen werden dürfen.

#### ① Steuerertrag

Ich möchte Peter Suter für seine Trendmeldung dank. Er hat bereits meine wichtigste Frage im Vorfeld beantwortet. Die Frage war: „wie hoch ist der Anteil aus dem Nicht-

erreichen der Steuerziele von den Personen, welche noch nicht nach Ostermundigen umgezogen sind?“ Die Antwort ist: 0,5 Mio. Franken.

Was ist das Problem des Substanzverlustes vom Steuersubstrat in den bestehenden Quartieren? Hier haben wir ein nachhaltiges Problem. Wir sind der Auffassung, dass die Frage betreffend die Steuern nochmals überprüft werden muss. Es wäre verfehlt, bereits heute Entscheide zum Thema „Steuern“ zu fällen, ohne die Auswirkungen auf die Gemeindeziele zu analysieren.

Grundsätzlich gehe ich von der Schere aus: Wir kennen die Erträge und die Aufwände und haben das Problem, dass die Schere immer grösser wird. Die Aufwände nehmen zu und die Erträge laufend ab. Es muss eine Lösung (evtl. mit einem Krisenszenario) gefunden werden. Der Bevölkerungsrückgang ist zu kompensieren und es ist eine Verbesserung sowohl beim Aufwand wie auch auf Ertragsseite anzustreben.

#### ① Zusammenfassung

Die SP-Fraktion wird dem Budget 2006 zähneknirschend zustimmen. Wir werden nicht an einer Detaildiskussion zu Positionen teilnehmen. Im Grundsatz werden wir nicht um Rappen feilschen. Wir warnen vor voreiligen Beschlüssen und Korrekturen bei den Investitionen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch an das Demokratieverständnis appellieren!

Ebenfalls werden wir allfälligen Änderungsanträgen betreffend Steuerfuss nach oben wie nach unten nicht zustimmen. Beim Thema „Personalaufwand“ sind die Meinungen innerhalb der Fraktion geteilt.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Ich habe schon am Morgen befürchtet, dass die heutige Diskussion nicht zu diesem schönen Herbsttag passen wird. Ich begreife alle Rednerinnen und Redner und hoffe, dass der Frust von der Seele gesprochen werden konnte. Ich kann Ihnen versichern, dass es allen so ergangen ist, welche mit dem Budget 2006 etwas zu tun hatten. Auf der einen Seite ist deutlich spürbar, dass die Gemeinde in „engen Schuhen“ steht und mit dem Rückgang des Steuerertrages noch merklich eingeengt worden ist. Mit der frühen Genehmigung des Finanzplans durch das Parlament konnten die aktuellsten Annahmen nicht mitberücksichtigt werden. Könnten wir den Finanzplan und das Budget heute zusammen beschliessen, so würden die Daten übereinstimmen.

Eine grosse Ohnmacht ist mit der Wahrnehmung eingetreten, dass die Zitrone bereits ausgepresst ist. Ich darf meinen GR-Kolleginnen und GR-Kollegen ein grosses Kränzlein winden. Das Defizit war ursprünglich grösser und ich persönlich habe nie erwartet, dass der Gemeinderat im Budget zu Korrekturen in der Grössenordnung von 0,5 Mio. Franken bereit sein wird. Sollten heute Abend noch einzelne Punkte auf den Wert des Finanzplans korrigiert werden, so muss auch über Leistungsabbau diskutiert werden. Ob das für die Gemeinde Ostermundigen imagefördernd ist, bleibe dahingestellt. Der Entscheid und die Verantwortung liegt beim Grossen Gemeinderat. Soweit meine Bemerkungen zur Ausgangslage für die Diskussion zum Budget 2006.



Wir müssen uns bewusst sein, dass sich die Ausgangslage inkl. den Auswirkungen für die Zukunft insgesamt verschlechtert hat. Alle geäusserten Voten über „nachhaltiges, gezieltes“ Verhalten werden aufgenommen, geprüft und auch umgesetzt.

Ich persönlich habe in den vorangehenden Voten keine Frage gefunden, welche ich zum jetzigen Zeitpunkt zu beantworten hätte. Ansonsten bitte ich den Rat, Fragen zur Botschaft jetzt noch zu stellen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich möchte zur Gemeindeentwicklung wie folgt Stellung nehmen: Ich teile zum Teil die geäusserten Ansichten der Rednerinnen und Redner. Es gilt aber zu beachten, dass doch wesentliche Schritte in den letzten 12 Monaten vollzogen werden konnten und wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Momentan sind viele Wohnungssanierungen festzustellen.

- Am Schiessplatzweg werden zurzeit Totalsanierungen an den ehemaligen Liegenschaften der Karton Deisswil vorgenommen.
- An der Forelstrasse (Lindendorf 1) wird ebenfalls ein grosser Block saniert.
- Verschiedene Baustellen für Wohnungsbau sind in Betrieb genommen worden (z. B. Oberdorf, Areal der Gärtnerei Kiener, Areal Zürcher am Dennigkofenweg).
- Am Oberen Flurweg haben wir die Zusage erhalten, dass in den nächsten Wochen die Baustelle eröffnet wird.
- Ich habe von Investoren den Hinweis erhalten, dass sich der Boden von Ostermundigen für den Wohnungsbau gut verkaufen lässt.
- Im Bereich der Baubewilligungen gilt es zu erwähnen, dass für die Seniorenresidenz die Baubewilligung bis Ende Jahr erteilt werden kann.
- An der nächsten GGR-Sitzung werden wir die Landverkaufsermächtigung für den Rütihoger beantragen. Das Geschäft ist im Februar 2006 abschliessend dem Stimmvolk vorzulegen.
- Auch im Oberfeld ist der Gemeinderat wesentliche Schritte weitergekommen. Im September konnte mit der Zustimmung der Stimmberechtigten die Einzonung abgeschlossen werden.

Im Bereich „Wohnen“ ist in letzter Zeit viel passiert. Diese Feststellung trifft auch für den Bereich „Arbeit“ zu.

- Die Industriezone Mösli (diente viele Jahre als Baulandreserve) ist konsumiert. Das Tiefkühl-/Hochregallager der Firma Emmi konnte eingeweiht werden. Die Paketpost ist eingezogen. Momentan befindet sich das Gebäude für die Emil Frey AG in Bau.
- Betreffend der Arbeitszone Mösli hat der Kanton einen Investoren für einen Neubau eruieren können.

Der Gemeinderat hat in der Gemeindeentwicklung nur einen Rückschlag erlitten. Die Überbauung „Hättenberg“ wurde durch eine Beschwerde aus der Anwohnerschaft gestoppt. Ein neues Baugesuch muss eingereicht werden.

Die Feststellung, dass die Ziele der Prognose der Gemeindeentwicklung nicht erreicht worden sind, darf nicht auf die Entwicklungsgebiete zurück geführt werden. Der Gemeinderat war sich stets bewusst, dass in den zu überbauenden Gebieten heute noch keine Steuererträge generiert werden können. Diese Situation war schon vor einem Jahr voraussehbar und wurde dementsprechend auch nicht eingerechnet. Das Problem der Gemeindeentwicklung liegt vielmehr darin, dass im übrigen Siedlungsgebiet die Einwohnerzahl sinkt. Wir gingen davon aus, dass die Einwohnerzahl stabil bleibt und in den Entwicklungsgebieten noch wächst. Wir mussten in den übrigen Siedlungsgebieten sinkende Einwohnerzahlen registrieren. Diesen Missstand gilt es zu eliminieren.

Grundsätzlich ist die Gemeindeentwicklung in Gang und wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Ich bin auch der Meinung, dass wir strategische Schritte eingeleitet haben und Instrumente besitzen. Ein Instrument stellen die Legislaturziele dar. Diese werden dem Parlament an der nächsten Sitzung vorgestellt. Auch mit der Behörden- und Verwaltungsreform sind wir auf Kurs und über das Geschäft wird das Parlament ebenfalls an der Dezember-Sitzung zu entscheiden haben. An der letzten GGR-Sitzung haben wir beschlossen, die Ortsplanungsrevision und das Verkehrskonzept zu prüfen. Auch das sind strategische Instrumente, welche der Gemeindeentwicklung dienen werden. Wir müssen mit langfristigen Schritten arbeiten. Aus diesem Grund sehe ich der Gemeindeentwicklung optimistisch entgegen und bin überzeugt davon, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Zum Änderungsantrag (Nr. 1) betreffend der Personalplafonierung möchte ich beliebt machen, diesem nicht zuzustimmen. Der Gemeinderat betreibt keine „unbekümmerte“ Personalpolitik! Im letzten Jahr wurden zusätzliche Stellen (im Sozialbereich) geschaffen und diese wurden dem Gemeinderat auch dokumentiert. Die Fallzahlen im Sozialbereich sind stetig am steigen, eine Trendwende ist nicht in Sicht. Unterstützungsbedürftigen Personen dient es nicht, wenn ihnen bloss das Geld ausbezahlt wird. Sie brauchen ebenfalls professionelle Betreuung. Aus diesem Grund sind hier zusätzliche Stellenaufstockungen unumgänglich. Der Kanton kontrolliert und legt die Richtgrössen fest. Im Sozialbereich besteht absoluter Handlungsbedarf!

Des weitern möchte ich darauf hinweisen, dass die Gemeinde in den Zeiten des Bevölkerungsrückgangs (seit Ende 80er, anfangs 90er Jahren) den Personalbestand erhöht hat. Es stimmt nicht, dass mit den sinkenden Bevölkerungszahlen auch weniger Personal benötigt wird. Jetzt wollen wir wachsen und zusätzliche Bewohnerinnen und Bewohner für Ostermündigen gewinnen. Wir hoffen, dass die neuen Einwohnenden die Abteilung Soziales nicht belasten, dafür aber in allen anderen Verwaltungsabteilungen Mehraufwand entsteht. Die Personalplafonierung stimmt mit dem Ziel „Gemeindeentwicklung“ nicht überein.

Zuletzt muss ich noch auf etwas Formales hinweisen. Gemäss Gemeindeordnung ist der Gemeinderat für die Stellenbewirtschaftung zuständig. Diese Verantwortung und

Kompetenz wird der Gemeinderat weiterhin wahrnehmen. Ich bin bereit, mit dem Parlament über die Problematik „Personalbestand“ zu diskutieren und die Anliegen aus dem Rat ernst zu nehmen. Die Verantwortung und die Kompetenz liegt aber letztendlich beim Gemeinderat.

**Peter Wegmann (FDP):** Ich will dem Gemeinderat und dem Gemeindepräsidenten mit dem Plafonierungsantrag in keiner Art und Weise etwas unterstellen. Aber wenn wir uns an Szenarien aus der Privatwirtschaft erinnern, kämpfen alle mit Restrukturierungen die Personalkosten in den Griff zu bekommen. Wir wollen die Kosten und nicht den Personalbestand plafonieren. Dieser Spielraum soll dem Gemeinderat offen bleiben, stellt ihn aber in die Pflicht, hier etwas zu unternehmen. Ich möchte den Rat bitten, den Änderungsantrag (Nr. 2) zu unterstützen.

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Heute Abend vertrete ich die Abteilungen Öffentliche Sicherheit und Bildung und Sport. Jetzt möchte ich als ÖS-Vertreter ein Votum abgeben. Eine Personalplafonierung hätte für bevorstehende Projekte - mit einer Kostenoptimierung wie in der Privatwirtschaft - massive Auswirkungen auf die anstehende Zivilschutzreorganisation „Bantiger“. In der neuen Zivilschutzorganisation wird Ostermündigen von ihrer Grösse her voraussichtlich die Standortgemeinde sein. Die Standortgemeinde muss für die neue professionelle Organisation die entsprechenden Stellen schaffen. Das bedeutet nicht automatisch, dass Mehrkosten entstehen. Das Gegenteil ist der Fall; hier wird schlussendlich eine Kostenoptimierung vorgenommen. Mit den Fesseln der Personalplafonierung können die nötigen zusätzlichen Stellen nicht geschaffen werden und es kann keine Optimierung des Zivilschutzes erreicht werden. In der Privatwirtschaft kann optimiert werden. Wir brauchen jedoch eine gewisse Flexibilität, um die Optimierung zu erreichen.

**Norbert Riesen (SP):** Ich möchte nochmals erwähnen, was ich bereits vor zwei oder drei Jahren gesagt habe. Es ist richtig: Ich oder wir wollen keine Personalplafonierung in Stellenprozenten beschliessen. Nach Gemeindeordnung liegt die Verantwortung für das Personal bei der Exekutive. Die einzige Führungsgrösse liegt im Personalaufwand als Gesamtes. Wer die Verantwortung über die Gemeindeentwicklung und das Personal trägt, muss auch den Personalaufwand in Frankengrösse im Griff haben. Es ist der Entscheid der Exekutive, wie sie dies erreichen will. Aus diesem Grund könnte ich persönlich einen Antrag unterstützen, welcher den Personalaufwand in Franken nicht aber in Stellenprozenten betrifft. Dafür gibt es auch noch andere Möglichkeiten:

- Es kann die Arbeitszeit verändert werden.
- Über die Besoldungsordnung kann diskutiert werden.
- Ist ein automatischer Teuerungsausgleich in jedem Fall opportun.
- Eine grosszügige Ferienregelung liegt vor.

Der GGR hat via Budget die Kompetenz, den Personalaufwand zu definieren. Im Dezember wird der Bericht über die Behörden- und Verwaltungsreform vorgestellt. Ich bin schon heute gespannt, wie hoch der Personalanteil ausfällt. Der Gemeindepräsident hat erwähnt, dass die Bevölkerungszahl gesunken und der Personalbestand stets gestiegen ist. Diese Aussage scheint wirklich nicht logisch zu sein.

Mich interessiert, ob in irgend einem Bereich der Verwaltung über departementsübergreifende Stellenbewirtschaftung diskutiert wurde? Die zweite Frage lautet: Werden irgendwo auf der Verwaltung Arbeiten mit weniger Personalressourcen erledigt?

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Auch ich habe heute Abend zwei Departements zu vertreten. Ich spreche jetzt im Namen von Urs Rüedi zur Personalplafonierung. Die grössten Stellenzunahmen sind in den Abteilungen Vormundschaft/Justiz und Soziales zu verzeichnen. Hier müssen wir Leistungen im Auftrag des Kantons erbringen. Wir bieten in Bezug auf die bestehenden Fallzahlen keine Luxuslösungen seitens des Personalaufwandes an. Annagreth Friedli kann den Rat noch orientieren, wie sich diese Tatsache mit dem Lastenausgleich vereinbaren lässt.

Der Grosse Gemeinderat muss sich bewusst sein, dass mit solchen Änderungsanträgen dem kantonalen Auftrag zur Leistungserbringung nicht entgegen gewirkt werden kann. Der Stellenabbau müsste dort vollzogen werden, wo die Gemeinde vollumfänglich die Aufgabenhoheit wahrnimmt (z. B. Hochbau). Wenn das die Wachstumsstrategie von Ostermündigen ist, verstehe ich das Parlament nicht mehr!

**Christoph Künti (SVP):** Ich habe ein „gnusch im Fadechörbli“ und bitte um Klärung: Welcher Änderungsantrag steht zurzeit zur Diskussion? Wir möchten uns den Ausführungen von Norbert Riesen anschliessen. Uns geht es nicht um eine Plafonierung der Stellenprozenten. Doch zu Seite 3 - Kontogruppe 301 - möchte wir schon noch etwas erwähnen.

**Ratspräsident:** Wir sind immer noch bei der Beratung der Botschaft.

**Peter Wegmann (FDP):** Jetzt sind wir langsam dort, wo hin und her geschoben wird. Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass im Änderungsantrag (Nr. 1) mit keiner Silbe von Stellenprozenten die Rede ist. Wir sprechen ganz klar von einer „Aufwandplafonierung“. Mit Aufwand wird ein Betrag genannt.

Es ist sicher richtig, dass gewisse Aufgaben vom Kanton an die Gemeinde delegiert werden und diese Aufgaben korrekt erfüllt werden müssen. Vom Lastenausgleich haben wir heute Abend noch nicht gesprochen. Ein solcher Änderungsantrag sollte primär kostenneutral verlaufen, d. h. wir haben einen Personalnettoaufwand, welcher zur Debatte steht. Dem entsprechend geht der Auftrag an die Exekutive davon aus, dass nicht das hervorgeholt wird, was vom Kanton an die Gemeinden delegiert wird, sondern zu eruieren, wo wir letztendlich noch etwas „Luft“ haben.

**Gemeinderätin Annagreth Friedli (SVP):** Ich habe die Unterlagen betreffend Lastenausgleichsvergütung 2004 vor mir. Ostermundigen profitiert aussergewöhnlich stark vom System des Lastenausgleichs und ich bin froh, existiert er. Pro EinwohnerIn bezahlt die Gemeinde einen Lastenanteil von Fr. 330.50 (= Fr. 5'067'131.65). Der Lastenausgleich zugunsten der Gemeinde beträgt Fr. 12'092'186.70. Folglich kann die Gemeinde ein Guthaben von Fr. 7'025'055.05 ausweisen. Den Lastenanteil bezahlen wir unabhängig der Stellenprozente im Bereich Soziales. Die Gemeinde Ostermundigen profitiert ausserordentlich vom Lastenausgleich.

**Franz Kälin (CVP):** Es geht hier um die Plafonierung. Der Kanton vergütet via Lastenausgleich einen Teil (65 %) und nicht Alles an die Gemeinden. Wenn wir eine Plafonierung beschliessen, so muss der Personalaufwand, welcher durch den Lastenausgleich zurückvergütet wird, ausgeschlossen werden. Nicht das Personal, sondern die Personalkosten werden plafoniert.

**Peter Wegmann (FDP):** Wir sind immer noch bei der Beratung der Botschaft. Ich bin zum Schluss gekommen, dass der Änderungsantrag Nr. 1 bei der Budgetberatung unter Kontogruppe Nr. 301 behandelt werden muss. Ich bitte den Ratspräsidenten, den Änderungsantrag dann zur Abstimmung zu bringen.

**Walter Bruderer (FORUM):** Wir sind daran, die Kosten im Budget zu senken. Ich teile die Aussage von Norbert Riesen. Wir haben im Rat auch schon Massnahmen beschlossen (z. B. Jugendarbeitslosigkeit). Ich möchte noch einen Sparvorschlag vorbringen. An der letzten Sitzung wurde die Sanierung der Schulanlage Rüti beschlossen. Irrtum vorbehalten haben wir bei diesem Geschäft rund 0,5 Mio. Franken eingespart. Ich möchte den Personen, welche bei der Schulhaussanierung mithelfen, nochmals die sparsame Verwendung des Kredites ans Herz legen. Vielleicht ist der behindertengerechte Ausbau der Turnhalle nochmals zu überprüfen. Wir wissen, wie viel Geld wir beschlossen haben und vom Souverän verlangen müssen. Das schliesst jedoch nicht aus, dass das Hochbauamt eine billigere Sanierungsausführung in Betracht zieht.

**Ratspräsident:** Zur Botschaft liegen keine Wortbegehren mehr vor. Somit können wir seitenweise die Detailberatung des Budgets 2006 vornehmen.

➤ Seite 2, Kontogruppe 49 - Interne Verrechnung

**Franz Kälin (CVP):** Wieso fällt der Ertrag in den ungeraden Jahren immer rund 0,5 Mio. Franken höher aus?

**Finanzverwalter Stefan Lanz:** Die Situation hat mit geraden oder ungeraden Jahren nichts zu tun. Die verrechneten Abschreibungen des Altersheims von rund Fr. 350'000.-- werden nicht mehr über den Lastenausgleich budgetiert (Detailberechnung). Im Jahre 2004 wurde dieser Betrag irrtümlicherweise nochmals budgetiert. Bei der internen Verrechnung gleichen sich Aufwand und Ertrag aus.

➤ Seite 3, Kontogruppe 301 - Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

**Christoph Künti (SVP):** Grundsätzlich unterstützen wird den Änderungsantrag der FDP. Die SVP-Fraktion geht jedoch von einer anderen Berechnung aus. Wie wir vom Finanzvorsteher vernommen haben, liegen wir heute ca. Fr. 150'000.-- unter dem Budget 2005. Wir gehen davon aus, dass das Budget 2005 (Fr. 12,7 Mio.) in Ordnung ist. Addieren wir noch die Tagesschule (+ Fr. 140'000.--) und den Teuerungsausgleich von 1 Prozent dazu, sehen wir einer Plafonierung von Fr. 12,9 Mio. Franken entgegen. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Änderungsantrag (Nr. 2):**

*Bei der Kontogruppe 301 (Personalaufwand) ist eine Plafonierung von Fr. 12,9 Mio. vorzunehmen.*

**Tony Iannino (SP)** tritt um 19.30 Uhr der Sitzung bei und somit sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

**Regula Unteregger (SP):** Wie Norbert Riesen bereits in seinem Eingangsvotum erklärt hat, gehen die Meinungen betreffend Personalaufwand innerhalb der SP-Fraktion auseinander. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Personalaufwand nicht von den Stellenprozenten losgelöst werden kann. Wenn der Personalaufwand plafoniert wird, müssen Bereiche, welche verfassungsmässig vorgeschrieben sind, trotzdem durch die Gemeinde ausgeführt werden. Wir können den Job des Sozialbereichs nicht einfach an den Nagel hängen. Wenn die Fallzahlen weiterhin ansteigen, so ist das Tatsache und wir ParlamentarierInnen müssen dem Rechnung tragen. Mit einer Plafonierung wird der Handlungsspielraum bei den personellen Besetzungen z. B. im Hochbau, Tiefbau etc. der Gemeinde eingeschränkt. Doch genau hier muss es vorwärts gehen; wir müssen die Gemeindeentwicklung an die Hand nehmen und in Gang setzen. Für mich ist es klar, ich werde einen entsprechenden Änderungsantrag ablehnen.

**Christoph Künti (SVP):** Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir keinen Leistungsabbau vornehmen wollen. Wir haben heute eine funktionierende Verwaltung. Wie bereits erwähnt, ergeben der Personalaufwand 2005 plus die Tagesschule plus die Teuerungszulage eine Reserve von Fr. 300'000.--. Wie viele Stellen das sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Doch mit der Reserve sollten die neuen Aufgaben und Anforderungen abgedeckt werden können.

**Peter Wegmann (FDP):** Regula Unteregger hat nicht ganz Unrecht. Doch bevor wir Geld ausgeben, müssen wir das Geld verdienen. Schlussendlich hat die Gemeindeentwicklung noch nicht stattgefunden und es sieht nicht danach aus, dass sich in den nächsten zwei Jahren etwas grundlegendes und vor allem spürbares ändern wird. Die FDP-Fraktion zieht ihren **Änderungsantrag (Nr. 1)** zugunsten des Änderungsantrags (Nr. 2) der SVP-Fraktion **zurück**.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Mir ist nicht klar, was jetzt beantragt wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Personal- und Besoldungsordnung (PBO) der Ausgleich der Teuerungszulage festgehalten ist. Die PBO müsste vom GGR abgeändert werden, bevor auf einen entsprechenden Änderungsantrag eingetreten werden kann. Des weitern hat der Gemeinderat mit dem Personal laufende Arbeitsverträge und diese können nicht so ohne weiteres gekündigt werden. Wir müssen uns an die vertraglichen Regelungen und an die PBO halten.

Auch die Zahl von 12,9 Mio. Franken ist mir nicht klar. Im Budget 2006 werden 13,365 Mio. Franken ausgewiesen. Dieser Betrag ist deutlich höher. Wenn der Budgetbetrag gesenkt werden soll, so müssen Einsparungen vorgenommen werden. Wo genau sind diese Einsparungen vorzunehmen? Dieses Vorgehen betreffend Spielraum stimmt mit der Aussage von Christoph Künti nicht überein. Ich kann diesen Spielraum nicht erkennen.

Mit dem Gemeindepersonal hat der Gemeinderat Arbeitsverträge abgeschlossen. Lohnplafonierungen sind in den Arbeitsverträgen nicht vorgesehen. Lohnplafonierungen könnten erst bei Stellenwechseln in Betracht gezogen werden. Um die Personalkosten zu reduzieren, können nicht einfach Kündigungen ausgesprochen werden.

Ich möchte dem Parlament beliebt machen, den Änderungsantrag zu überdenken und einen Plafonierungsantrag zu stellen, wenn alle Einzelheiten ausdiskutiert sind und der Spielraum bekannt ist.

**Walter Bruderer (FORUM):** Im Prinzip wäre ich glücklich, wenn ich dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion zustimmen könnte. Doch nach den Voten des Gemeindepräsidenten möchte ich der SVP-Fraktion beliebt machen, überparteilich eine Aufforderung mit klaren Angaben zum Budget 2007 (z. B. Beschränkung des Personalaufwands auf 13,4 Mio. Franken) zu machen. Mit dem heutigen Zustand ist es schwierig, die Mehrheit für einen solchen Änderungsantrag zu finden. Ich möchte die FDP- und SVP-Fraktionen bitten, an einer der nächsten Sitzungen einen überparteilichen Vorstoss mit klaren Vorstellungen zum Budget einzubringen.

**Christoph Künti (SVP):** Eine der Aussagen des Gemeinderats stimmt nicht oder ich habe falsch zugehört. Der Finanzvorsteher hat mitgeteilt, dass wir im Personalbereich rund Fr. 150'000.-- unter dem Budget 2005 liegen, d. h. im Budget 2005 werden 12,718 Mio. Franken ausgewiesen, gebraucht werden jedoch 12,568 Mio. Franken. Addiert man die Tagesschule von Fr. 140'000.-- dazu, ergibt das ein Zwischenergebnis

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

nis von 12,708 Mio. Franken. Addiert man die Teuerung von 1 % (= Fr. 127'000.--) ebenfalls hinzu, so steht der Betrag bei 12,825 Mio. Franken. Wir haben eine Aufrundung auf 12,9 Mio. Franken vorgenommen. Die Reserven betragen somit Fr. 200'000.-- und nicht Fr. 300'000.-- wie ich vorhin irrtümlicherweise gerechnet habe.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Ein technischer Punkt muss noch beachtet werden. Bei der diskutierten Plafonierung der Position 301 handelt es sich um einen Zusammenzug der Personalkosten sämtlicher Verwaltungsabteilungen. Eine Plafonierung beim Kontozusammenzug erachtet der Gemeinderat als nicht statthaft. Im Prinzip müssen die Kürzungen in den Detailkonti beschlossen werden.

Wahrscheinlich wird das beim Parlament Unverständnis auslösen, denn dieses alte Thema wurde bereits an früheren Sparrunden diskutiert. Der vorgeschlagene Änderungsantrag wirkt nicht gerade mutig! Die Verantwortung oder den „Schwarzen Peter“ wird für die Umsetzung dem Gemeinderat zugespielt. Wenn der GGR konsequent ist, zeigt er klar auf, bei welchen Abteilungen um wie viele Franken Einsparungen vorzunehmen sind. Damit werden dem Gemeinderat klare Anhaltspunkte geliefert.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich habe noch einen Punkt beim Missverständnis zwischen Christoph Künti und mir entdeckt. Heute sprechen wir über das Budget 2006 und den Personalaufwand von 13,365 Mio. Franken. In diesem Budgetposten sind auch Stellen inbegriffen, welche erst in diesem Jahr neu geschaffen wurden. Wenn wir jetzt mit der Rechnung 2005 besser dastehen, heisst das nicht automatisch, dass wir im Verlauf des nächsten Jahres nicht Mehrausgaben zu verzeichnen haben. Wir haben in den Lohnkosten keine unbegründeten Reserven eingebaut. Auch neue Stellenbeschaffungen sind nicht eingerechnet worden. Wir budgetieren immer nur das Bekannte. Wir müssen mit den vorliegenden Budgetzahlen als Grundlage für einen Änderungsantrag vorlieb nehmen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Kompetenz der Stellenbewirtschaftung beim Gemeinderat liegt. Ein Beschluss seitens des GGR kann gefasst werden. Der Gemeinderat wird diese Willensäusserung sicher auch zur Kenntnis nehmen. Aber die Verantwortung liegt schlussendlich beim Gemeinderat. Das wird in Zukunft auch so sein. Wenn zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen, kann der Gemeinderat den Personalaufwand als „gebundene Ausgaben“ ausweisen.

Der Gemeinderat ist sich der Differenz beim Personalaufwand bewusst. Wir müssen in der Diskussion und nicht über formale Beschlüsse einen Konsens finden.

**Christoph Künti (SVP):** Aufgrund dieser Äusserungen ziehe ich den **Änderungsantrag (Nr. 2)** zurück und stelle fest, dass wir ein Problem bei der Kompetenzenregelung und deren Auslegung haben. Wir müssen die Behörden- und Verwaltungsreform abwarten. Der GGR könnte das gesamte Budget 2006 auf 80 Mio. Franken plafonieren!



**Norbert Riesen (SP):** Wir haben heute Abend sachlich und gut diskutiert. Doch etwas muss noch hervor gehoben werden. Der Finanzvorsteher hat erwähnt, dass, wenn der GGR pauschale Einschränkungen vornimmt (Budgetkompetenz = GGR), eine gewisse „Feigheit“ zum Ausdruck kommt. Diesem Votum muss ich entgegenhalten, dass vor noch nicht allzu langer Zeit die Gemeindeordnung revidiert und die ganze Finanzkompetenz der Exekutive zugeteilt worden ist. Ich muss feststellen, dass die Exekutive offenbar nicht in der Lage ist, die Gemeinde so zu führen, dass der Personalaufwand sich in einem vernünftigen Rahmen bewegt. Wir müssen die Debatte abbrechen und die Presseberichte abwarten.

➤ Seite 9, Konto 120.310.21 - Veranstaltungskalender

**Walter Bruderer (FORUM):** Ist die Erhöhung um Fr. 6'500.-- auf Fr. 14'000.-- zwingend? Ich stellen den **Änderungsantrag (Nr. 3)** wie folgt:

*Beim Konto 120.310.21 - Veranstaltungskalender ist ein um Fr. 6'500.-- reduzierter Betrag zu budgetieren.*

Ich möchte zu den einzelnen Änderungsanträgen seitens des FORUMS nicht mehr ans Rednerpult treten. Das Parlament wurde vorgängig mit allen Änderungsanträgen dokumentiert und begründet. Bei Fragen aus der Ratsmitte bin ich gerne bereit Auskunft zu geben.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Beim Veranstaltungskalender ist ein Schritt vorwärts vorgesehen. Neu soll dieser wöchentlich und nicht mehr monatlich erscheinen. Alle Veranstaltungen während einer Woche sollen in der Bantiger Post publiziert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich kurzfristig und aktuell über Anlässe informieren können. Dafür sind gute und zeitgerechte Publikationen notwendig und diese Verursachen die Mehrkosten.

**Ratspräsident:** Über den Änderungsantrag (Nr. 3) ist sofort abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 3) wird mit 18 zu 8 Stimmen abgelehnt.

➤ Seite 10, Konto 123.351.10 - Beitrag an öffentlichen Verkehr

**Walter Bruderer (FORUM):** Die Überbauung Hättenberg existiert noch nicht und darum braucht es die Bushaltestelle noch nicht. Der Bus kann weiterhin am Rütliweg halten. Ich stellen den **Änderungsantrag (Nr. 4)** wie folgt:

*Beim Konto 123.351.10 - Beitrag an öffentlichen Verkehr ist ein um Fr. 123'000.-- reduzierter Betrag zu budgetieren.*

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** So wie der Änderungsantrag gestellt ist, diskutieren wir nicht über die Bushaltestelle „Rütischulhaus“, welche im März vom Parlament beschlossen wurde, sondern über die Bushaltestelle „Oberfeld/Hättenberg“ an der Bernstrasse. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass diese Bushaltestelle im März 2005 mit der Busverlegung auf die Bernstrasse durch den GGR ebenfalls beschlossen wurde. Die Betonplatten für die Bushaltestelle werden demnächst verlegt. Ob es sinnvoll ist, eine Bushaltestelle zu bauen und anschliessend doch nicht zu bedienen, da möchte ich schon ein Fragezeichen setzen.

Die neue Bushaltestelle ist nicht nur für die Bevölkerung aus der näheren Umgebung gedacht. Die Bushaltestelle dient auch der Bevölkerung an der Wiesenstrasse und dem Waldweg. Eine Aufhebung der Bushaltestelle würde eine wesentliche Verschlechterung im ÖV-Bereich darstellen. Ausserdem wurde den kompetenten Stellen seitens des ÖV (BernMobil, RVK 4) die Zusage betreffend den neuen Bushaltestellen im Gebiet Oberfeld erteilt. Einen Monat vor dem Fahrplanwechsel kann keine Busstationsaufhebung mehr vorgenommen werden. Ich bitte das Parlament, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass bei der Zustimmung zum Budget 2006, dem Gemeinderat seitens des GGR der definitive Beschluss für die neue Bushaltestelle „Rütischulhaus“ zuteil kommt. Die Fr. 123'000.- für die neue Bushaltestelle werden als vom GGR genehmigt behandelt.

**Ratspräsident:** Über den vorliegenden Änderungsantrag (Nr. 4) ist sofort abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 4) wird mit 20 zu 8 Stimmen abgelehnt.

➤ Seite 17, Konto 340.312.20 - Heizmaterial

**Franz Kälin (CVP):** Werden die Verwaltungsgebäude nicht mit Öl geheizt? Trotz des erhöhten Heizölpreises wurde hier der gleiche Betrag wie im letzten Jahr ins Budget aufgenommen. Bei allen anderen Verwaltungsgebäuden wurde ein erhöhter Betrag budgetiert.

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Besten Dank für den Hinweis. Ich muss gestehen, dass ich die Einzelheiten bei diesem Budgetposten nicht kenne. Die Abrechnung wird aufzeigen, wie sich die Situation der Heizölpreise hier ausgewirkt hat.

- Seite 18, Konto 360.314.10 - Liegenschaftsunterhalt Untere Zollgasse 8 + 10

**Walter Bruderer (FORUM):** Die beiden Liegenschaften sollen verkauft werden und somit wird ein Unterhalt hinfällig. Ich stelle den **Änderungsantrag (Nr. 5)** wie folgt:

*Beim Konto 360.314.10 - Liegenschaftsunterhalt Untere Zollgasse 8 + 10 ist kein Betrag zu budgetieren.*

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Es besteht die Absicht, diese Liegenschaften zu verkaufen. Der Zeitpunkt des Verkaufes ist unbekannt und ein minimaler Liegenschaftsunterhalt bleibt nötig, zumal sich in den Liegenschaften die Musikschule und Mieter befinden. Werden die Liegenschaften im nächsten Jahr verkauft, wird die Abrechnung des Kontos dementsprechend ausfallen. Das Hochbauamt ist verpflichtet, in vermieteten Liegenschaften den Unterhalt vorzunehmen.

**Ratspräsident:** Über den vorliegenden Änderungsantrag (Nr. 5) ist sofort abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 5) wird mit 20 zu 11 Stimmen abgelehnt.

- Seite 19, Kontogruppe 363 - Birkenweg 19 (alte Kindertagesstätte)

**Franz Kälin (CVP):** Was wird in dieser Liegenschaft noch gemacht und warum sind da noch Budgetpositionen vorgesehen?

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Hier müssen trotz leerstehender Liegenschaft hauptsächlich noch die Umgebungsarbeiten sowie ein minimaler Liegenschaftsunterhalt ausgeführt werden. Diese Kosten fallen an, egal ob die Liegenschaft genutzt wird oder nicht. Im letzten Jahr wurde der Liegenschaftsaufwand über ein anderes Konto verbucht. Erst seit dem die Liegenschaft leer steht, wurde die Kontogruppe 363 eröffnet und beim Hochbauamt aufgeführt.

**Franz Kälin (CVP):** In diesem Zusammenhang habe ich noch zusammen mit Konto 372.490.10 (auf Seite 21) eine Frage. Unter Konto „Verrechnete Miete Kindertagesstätte“ sind ebenfalls Fr. 18'000.-- budgetiert worden. Wie wurde die Berechnung alte/neue Kindertagesstätte vorgenommen?

**Norbert Riesen (SP):** Wenn wir schon über die Liegenschaft Birkenweg 19 diskutieren, so möchte ich wissen, ob ein Verkauf dieser Liegenschaft vorgesehen ist? Wie setzen sich die Fr. 2'500.-- (Konto 364.301.10, Besoldungen) zusammen; wird hier einem Dritten den Auftrag erteilt, die leere Liegenschaft zu betreuen?

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Die Frage von Norbert Riesen kann ich nicht beantworten, da ich die Details nicht kenne.

Die Frage von Franz Kälin zur Kindertagesstätte wurde schon im Vorfeld zur heutigen Budgetdebatte gestellt. Die Beantwortung wurde per E-Mail vorgenommen. Für die Miete der Kindertagesstätte wurde ein Anteil aus dem Lastenausgleich (nicht kostendeckend) geltend gemacht. Ich zitiere: *Es ist richtig, dass der eingesetzte Beitrag viel zu tief ist. Er sollte ca. Fr. 40'000.-- betragen bzw. der Kostensteller „Kindertagesstätte“ ergibt sich daraus mindestens in der Beurteilung des Gesamtaufwandes eine Verfälschung. Allerdings wird die Kindertagesstätte in Zukunft nach Pauschalen abgerechnet (gemäss Tarif zu Fr. 93.-- pro Platz und Tag). Da dieser Betrag sowieso nicht ganz ausreicht um die gesamten Kosten zu decken und die Gemeinde den Rest selber bezahlen muss, fällt diesbezüglich die Miete für den Lastenausgleich nicht in Betracht.* Der Kanton argumentiert damit, dass für die Schulhäuser auch keine Miete verrechnet wird. Ob das Vorgehen so richtig ist, bleibt Ansichtssache. Klar ist, dass eine solche Rechnungslegung nicht die wahren Kosten widerspiegelt.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die alte Kindertagesstätte soll verkauft werden, sobald eine Käuferschaft bekannt ist.

➤ Seite 20, Konto 366.434.20 - Parkplatzgebühren TELL

**Walter Bruderer (FORUM):** Im Budget wird hier kein Betrag ausgewiesen. Ich stellen den **Änderungsantrag (Nr. 6)** wie folgt:

*Beim Konto 366.434.20 - Parkplatzgebühren Tell sind Einnahmen in der Grössenordnung von Fr. 4'000.-- zu budgetieren.*

**Gemeindeschreiberin Marianne Meyer:** Seit der Restaurationsbetrieb wieder offen ist, besteht auf dem Parkplatz ein neues Parkregime. Die ersten drei Stunden parken sind gratis und die Einnahmen fallen entsprechend tiefer aus. Da die Parkplätze nicht nur vom Saalbetrieb bewirtschaftet werden, hat die Gemeindepolizei den Budgetposten vom Hochbauamt übernommen. Die Einnahmen wurden nicht mehr in der Grössenordnung wie früher budgetiert.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich ziehe den **Änderungsantrag (Nr. 6)** zurück.

- Seite 20, Konto 368.314.10 - Liegenschaftsunterhalt Ferienhaus Kandersteg

**Walter Bruderer (FORUM):** Im Budget wird ein Betrag von Fr. 6'000.-- ausgewiesen. Die Liegenschaft wird aber verkauft und ich stelle den **Änderungsantrag (Nr. 7)** wie folgt:

*Beim Konto 368.314.10 - Liegenschaftsunterhalt Ferienhaus Kandersteg ist kein Betrag zu budgetieren.*

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Seit Jahren versuchen wir das Ferienhaus zu verkaufen - ohne Erfolg. Das Ferienhaus Gstaad konnte glücklicherweise bereits verkauft werden. Das Ferienhaus Kandersteg wird weiterhin genutzt und aus diesem Grund ist ein Liegenschaftsunterhalt notwendig.

**Walter Bruderer (FORUM):** Im Finanzvermögen werden unter der Position 3 für den Verkauf des Ferienheims Kandersteg Fr. 150'000.-- ausgewiesen. Im Finanzplan 2007 sind für den Verkauf Fr. 600'000.-- eingesetzt. Wenn der Verkauf so konkret ausgewiesen wird, muss hier doch etwas ernsthaftes passieren. Aus diesem Grund habe ich mich zu dem Änderungsantrag bewogen.

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Hier wird die Absicht des Gemeinderates dargestellt. Ein Verkauf ist noch nicht erfolgt.

**Stefan Lanz:** Im Budget 2005 wird diese Position unter den Buchgewinnen ausgewiesen. Wenn man berücksichtigt, dass die Liegenschaft das nächste Jahr noch unser Eigen ist, so werden die budgetierten Kosten anfallen.

**Ratspräsident:** Über den vorliegenden Änderungsantrag (Nr. 7) ist sofort abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 7) wird mit 15 zu 11 Stimmen abgelehnt.

- Seite 23, Konto 445.314.10 - Ausbau und Erweiterung (Waldeck)

**Walter Bruderer (FORUM):** Im Budget kann eine Reduktion von Fr. 23'000.-- vorgenommen werden, da keine Dringlichkeit für den Ausbau und die Erweiterung der Bushaltestelle „Waldeck“ besteht. Ich stelle deshalb den folgenden **Änderungsantrag (Nr. 8)**:

*Beim Konto 445.314.10 - Ausbau und Erweiterung ist kein Betrag zu budgetieren.*

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Der Ausbau und die Erweiterung der Busstation „Waldeck“ (in Richtung Stadt) steht in Zusammenhang mit den Ausbauabsichten der Firma Swisscom. Die heutige Swisscom-Liegenschaft inkl. der Busstation werden abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt. Die Kosten für die neue Busstation tragen die Swisscom und die Gemeinde Ostermundigen (Gemeindeanteil = Fr. 20'000.--). Wenn kein neuer Unterstand (hier handelt es sich auch um eine Umsteigehaltstelle BernMobil/RBS-Linie) erstellt wird, stehen die Buspassagiere wortwörtlich im Regen. Ein Neubau auf Druck der Fahrgäste zu einem späteren Zeitpunkt würde bedeuten, dass die Gemeinde sämtliche Erstellungskosten zu tragen hätte.

**Ratspräsident:** Über den vorliegenden Änderungsantrag (Nr. 8) ist sofort abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 8) wird mit 21 zu 6 Stimmen abgelehnt.

- Seite 26, Konto 530.315.20 - Unterhalt Geographisches Informationssystem (GIS)

**Franz Kälin (CVP):** Hier ist ein neuer Budgetposten entstanden. Was ist das GIS überhaupt?

**Gemeinderat Rolf Rickenbach (FDP):** Die Planungen beim Wasser und Abwasser werden längerfristig bearbeitet. Neu werden elektronische Mittel zur Bearbeitung der Pläne zur Verfügung gestellt. Im Wassersektor konnten die Aufarbeitungen bereits abgeschlossen werden. Der vorgesehene Betrag von Fr. 30'000.-- ist für die elektronische Aufarbeitung und die ständige Aktualisierung der Abwasserpläne vorgesehen. Damit haben wir die Garantie, dass die Pläne und Daten immer aktuell sind.

- Seite 27, Konto 540.314.10 - Liegenschaftsunterhalt Freibad

**Walter Bruderer (FORUM):** Der Nettoaufwand darf nicht laufend ansteigen und ich stelle deshalb den folgenden **Änderungsantrag (Nr. 9):**

*Beim Konto 540.314.10 - Liegenschaftsunterhalt Freibad ist ein Betrag von Fr. 73'400.-- zu budgetieren.*

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Der Liegenschaftsunterhalt steigt nicht laufend. Im nächsten Jahr sind die Erneuerungen der elektrischen Anlagen in der Werkstatt und im Restaurant des Freibads vorgesehen. Der heutige Zustand deckt die Sicherheitsbelange nicht mehr. Hier handelt es sich nicht um einen Betrag, welcher jährlich im Budget ausgewiesen wird. Seitens des Hochbauamts war man sich einig, für diese Sanierungsarbeiten keinen Investitionskredit zu beantragen. Um den Sicherheitsaspekten zu genügen, bitte ich den Rat, diesen Budgetbetrag nicht zu kürzen.

**Ratspräsident:** Über den vorliegenden Änderungsantrag (Nr. 9) ist sofort abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Änderungsantrag (Nr. 9) wird mit 24 zu 4 Stimmen abgelehnt.

➤ Seite 27, Konto 530.362.60 - Betriebskosten ARA

**Franz Kälin (CVP):** Dieser Budgetposten wurde um Fr. 200'000.-- erhöht. In der Botschaft wird erwähnt, dass die Korrektur im Zusammenhang mit der Karton Deisswil AG (will sich nicht mehr an der ARA beteiligen) vorgenommen werden musste. Welche Verträge sind mit den Mitgliedern dieses Gemeindeverbandes abgeschlossen worden?

**Gemeinderat Rolf Rickenbach (FDP):** Die ARA Worblaufen ist ein Gemeindeverband bestehend aus rund 10 Gemeinden. Die Kosten werden gemäss Kostenverteiler auf alle Gemeinde verteilt. Wenn Grossbetriebe wie die Karton Deisswil AG oder die Emmi AG beim Gemeindeverband mitmachen, erhalten diese spezielle Verträge. Die durch die Grossbetriebe verursachenden Schmutzbeiwertbeträge werden separat verrechnet. Die Karton Deisswil AG hat bei einer internen Überprüfung des Finanzhaushaltes festgestellt, dass, wenn sie das Abwasser einer Vorreinigung unterzieht, bedeutend weniger Schmutzbeiwertbeträge bezahlt werden müssen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Abwasserkosten im gesamten abnehmen. Die Infrastruktur bleibt unverändert und muss finanziert werden. Die Abwassergesamtkosten werden auf alle Verursachenden des Gemeindeverbandes überwältzt. Die Gemeinde Ostermündigen wird mit einem höheren Gemeindeanteil von rund Fr. 200'000.-- belastet.

**Thomas Christen (SD)** verlässt um 20.00 Uhr die Sitzung. Es sind noch 34 Ratsmitglieder anwesend.

➤ Seite 30, Kontogruppe 625 - Hunde-WC, Hundetaxen

**Markus Truog (SVP):** Ich spreche nicht als SVP-Fraktionsvertreter, sondern als Hundehalter von Ostermundigen. In Ostermundigen sind 400 Hunde registriert. Pro Hund ist eine Hundetaxe von Fr. 100.-- zu bezahlen, was für die Gemeinde Einnahmen von Fr. 40'000.-- zur Folge hat. Die Ausgaben haben in den letzten Jahren immer rund Dreiviertel der Einnahmen ausgemacht. Jährlich verschwinden Fr. 10'000.-- in der Gemeinderechnung. Wir Hundehaltenden helfen der Gemeinde mit Fr. 25.-- pro Hund die Gemeinderechnung aufzubessern.

In Ostermundigen stehen 6 WC-Anlagen und 20 Robi-Dog-Kasten zur Verfügung. Diese Anlagen werden durch das Werkhofpersonal unterhalten. Die Anlagen sind zu wenig dicht über das Gemeindegebiet verteilt. Eigentlich sollten gleich viel Robi-Dog-Kästen wie Hydranten über das Gemeindegebiet verteilt sein. In unserer Gemeinde muss mit einem Robi-Dog-Säcklein in der Hand ein längerer Spaziergang bis zum nächsten Kasten getätigt werden. Leider verhalten sich in dieser Angelegenheit nicht alle Hundehaltenden vorbildlich, brauchen die Säcklein nicht oder lassen diese vor Ort einfach liegen.

Der Kynologische Verein Ostermundigen wird durch die Hundetaxen mit einem jährlichen Beitrag unterstützt. Dieser Verein leistet gute pädagogische Arbeiten für die Hunde wie für die Hundehaltenden. Gemäss kantonalem Gesetz über die Hundetaxe kann jede Gemeinde die Höhe der Taxe (zwischen Fr. 20.-- bis Fr. 100.--) selber festlegen. Mir geht es nicht darum, heute Abend über die Höhe der Hundetaxe zu diskutieren. Mir stellt sich die Frage, wieso die überschüssigen Fr. 10'000.-- in der allgemeinen Gemeinderechnung verschwinden.

- Wieso werden die überschüssigen Fr. 10'000.-- nicht zweckdienlich eingesetzt?
- Oder liegt ein Fehler in der Berechnung vor; sind die Fr. 7'500.-- Verwaltungsaufwand seitens des Werkhofes enthalten oder nicht?
- Wenn die Berechnung richtig ist und Fr. 10'000.-- überschüssig sind, könnte nicht die Anzahl Robi-Dog-Kästen vergrössert und dem Kynologischen Verein ein grösserer Jahresbeitrag ausgerichtet werden?
- Kann dem Hundehaltenden mit erfolgreichem Hundekursabschluss nicht eine reduzierte Hundetaxe in Rechnung gestellt werden?
- Kann nicht dem Tierheim Oberbottigen, welches herumstreunende Hunde aufnimmt, für die Arbeit ein Beitrag zugestellt werden?

Ich stelle heute Abend keinen Antrag. Ich haben das Thema vorgebracht, um beim Gemeinderat Diskussionen zuhanden des Budgets 2007 auszulösen und die Frage zu prüfen, ob es richtig ist, Fr. 10'000.-- der Hundetaxen für „andere Leistungen“ einzusetzen.

**Eduard Rippstein (CVP)** tritt um 20.15 Uhr der Sitzung bei. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.



**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Ich kann nicht alle Fragen, die Öffentliche Sicherheit betreffend, beantworten. Es liegen auch keine konkreten Anträge vor. Ich haben nur die vorliegenden Budgetzahlen zur Verfügung. Die Berechnung des Verwaltungskostenanteils von Fr. 7'200.-- ist mir unklar. Da es sich beim Votum von Markus Truog nicht um einen konkreten Antrag handelt, werde ich die Voten mitnehmen und mit der Departementsvorsteherin diskutieren. Eine abschliessende Antwort ist mir jetzt nicht möglich.

➤ Seite 38, Kontogruppe 830 - Jugendamt

**Norbert Riesen (SP):** Hier möchte ich einmal ein Lob aussprechen. So sollte man es machen! Die Zusammenarbeit mit Stettlen und Vechigen ist der richtige Weg. Nach der heutigen Budgetdebatte sollten alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier gemerkt haben, was gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bedeutet.

➤ Seite 39, Kontogruppe 835 - Offene Kinder- und Jugendarbeit

**Egon Julmi (FDP):** Gehe ich richtig in der Annahme, dass hier auch das Jugend- und Freizeithaus integriert ist. Weiter nehme ich an, dass die Kehrichtgebühren hier gleichgestellt werden und lediglich eine andere Schreibweise zum Zuge kam. Das Kehrichtkonto lautet in den anderen Abteilungen überall: xxx.318.50. Nachdem das Abfallreglement an der letzten GGR-Sitzung genehmigt worden ist und von keiner Preiserhöhung die Rede war, steigt der Kontobetrag gegenüber der Rechnung 2004 um 60 %. Ich bitte um einen Kommentar zu dieser Budgetposition.

Weiter möchte ich gerne wissen, ob es gewollt oder ungewollt ist, dass verschiedene Konti für die Abfallgebühren geführt werden? Auf Seite 19 wird bei der Kindertagesstätte das Konto 364.318.50 geführt, auf Seite 31 wird beim Notspital ein Konto 645.318.17 geführt. Handelt es sich hier um Schreibfehler?

**Gemeinderätin Florence Martinoia (SP):** Wieso hier um Fr. 300.-- höhere Kehrichtgebühren budgetiert worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich leite die Frage an Urs Rüedi weiter.

**Finanzverwalter Stefan Lanz:** Zur Kontobezeichnung kann ich mitteilen, dass es sich bei den letzten Ziffern um eine interne Laufnummer handelt. Die Zahlenkombination ist unwichtig. Wichtig ist, dass die Kehrichtgebühren über die Sachaufwandgruppe 318 verbucht werden.

- Seite 41, Kontogruppe 9 - Finanz- und Steuerwesen

**Franz Kälin (CVP):** Ich möchte der Abteilung Finanzen/Steuern zum besten Rating System<sup>2)</sup> aller Abteilungen sowie zum Abschluss eines sehr zinsgünstigen 5 Mio.-Darlehens gratulieren.

- Seite 42, Konto 923.331.10 - Harmonisierte Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen

**Walter Bruderer (FORUM):** Auf meinem verteilten gelben Blatt wird auf der Seite „Voranschlag 2006“ oben das Verwaltungsvermögen und unten das Finanzvermögen dargestellt. Da alle Änderungsanträge des Forums abgelehnt wurden, muss ich feststellen, dass zwischen den Proklamationen am Rednerpult und der anschliessenden Beschlussfassung ein riesiger Unterschied besteht. Ich bin froh, dass ich zu diesem Konto keinen Änderungsantrag gestellt habe. Trotzdem möchte ich kurz die Problematik erläutern. Im Finanzplan 2006 konnte ich feststellen, dass wir im Verwaltungsvermögen einen Betrag von Fr. 6'512'000.-- beschlossen haben. Auf Seite 14 der Botschaft wird ein Betrag von 7 Mio. Franken budgetiert. Auf eine entsprechende Voranfrage beim Finanzverwalter erhielt ich die Antwort, dass beim Schulhaus Rüti anstelle von 6 Mio. nur 5,5 Mio. Franken und bei der Mehrwertabschöpfung Hättenberg anstatt 1,1 Mio. Franken gar kein Betrag budgetiert worden ist.

Früher, als wir den Finanzplan noch nicht zu genehmigen hatten, wurde dem Parlament neben dem Budget auch die Investitionsrechnung zum Beschluss vorgelegt. Im Finanzvermögen sind ebenfalls verschiedene Annahmen ersichtlich:

Finanzvermögen (Investitionsplan)	Finanzplan	Budget 2006
- Verkauf Areal Seniorenresidenz	3'000'000.--	1'750'000.--
- Verkauf Ferienhaus Kandersteg	0	150'000.--

Über die restlichen Liegenschaften wird im Budget 2006 nicht Auskunft erteilt.

Im Verwaltungsvermögen sind unter Konto 4112 „Öffnung Schermenweg und Milchstrasse“ Fr. 365'000.-- vorgesehen. Nach Rücksprache beim Tiefbauamt wurde mir mitgeteilt, dass die vorgesehene Veranstaltung im Mösli nicht durchgeführt wird, da der Kanton immer noch nicht weiss, ob er den Schermenweg öffnen will oder nicht. Die im Finanzplan 2006 für die Öffnung vorgesehenen Fr. 365'000.-- werden im nächsten Jahr nicht gebraucht. Mit anderen Worten, es werden beim Konto 923.331.10 Abschreibungen von 10 % getätigt, für Vorhaben, welche im nächsten Jahr nicht realisiert werden.

Ich möchte auf die vorliegende Problematik aufmerksam machen. Müssen im ersten Jahr bereits 10 % Abschreibungen getätigt werden? Die Rechnungen für die Investitionen werden meistens erst im zweiten Halbjahr ausgestellt und eine Budgetierung

---

<sup>2)</sup> **Rating** (englisch "Bewertung, Leistungsfähigkeit, Beurteilung, Einschätzung, Klasse, Kategorie") bezeichnet allgemein das Verfahren für die Einschätzung von Personen, Gegenständen oder Unternehmen.

wird sehr schwierig. Im Finanzplan werden Investitionen ohne absolute Notwendigkeit aufgeführt. Ich appelliere an den Gemeinderat, dass er nicht immer Proklamationen vornimmt. Mein Postulat ist grosszügig anzunehmen und an der nächsten Budgetsitzung vorzubringen.

Ich möchte allen danken, die meine Änderungsanträge unterstützten und somit auch den Willen zum Sparen kundgetan haben.

**Finanzverwalter Stefan Lanz:** Zwischen dem Finanzplan und dem Budget liegt eine Zeitdifferenz. Der Umstand, dass die Mehrwertabschöpfung Hättenberg nicht eingeht, bewirkt eine entsprechende Korrektur bei den Abschreibungen. Die laufend neuen Fakten werden soweit möglich in das Budget eingebaut (siehe Steuern, Abschreibungen, Liegenschaften Rüti etc.). Diese Fakten wirken sich schlussendlich auch auf das Budget aus.

**Rahel Wagner (EVP):** Zu den diversen Änderungsanträgen möchte ich dir Walter noch mitteilen, dass ich mit diesem Vorgehen überfordert bin. Diese „Kanonenschüsse“ sind für mich nur schwer nachvollziehbar und so ist es schwierig, eine Debatte zu führen. Die Antworten des Gemeinderates zu den Änderungsanträgen scheinen mir alle plausibel zu sein. Dein Vorwurf, das Parlament wolle nicht sparen, erscheint mir ungerechtfertigt. Ich persönlich habe Vertrauen in den Gemeinderat und ich bin überzeugt davon, dass der Gemeinderat nicht Geld zum Fenster hinausschmeisst. Viele Budgetpositionen sind vorgegeben, d. h. die Vorschriften des Bundes und des Kantons (vor allem im administrativen Bereich) müssen erfüllt werden. Der heutige Aufwand ist nur schwer verständlich und wird stetig teurer. Jeder Auftrag vom Parlament kostet die Gemeinde Geld. Ich möchte dem Gemeinderat das Vertrauen für das vorliegende Budget aussprechen.

**Tony Iannino (SP):** Dem Votum von Walter Bruderer möchte ich entgegen halten, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen dürfen. Die im Finanzvermögen ausgewiesenen 3 Mio. Franken für die Seniorenresidenz entsprechen dem Verkaufspreis und die 1,750 Mio. Franken im Budget entsprechen dem Gewinn. Die Differenz liegt einerseits beim Buchwert, welcher richtigerweise subtrahiert werden musste. Es gibt zwei Tranchen: 3 Mio. werden im Jahre 2006 bezahlt und die andere Tranche nochmals in der Höhe von 3 Mio. im Jahre 2008. Der Buchwert wurde ebenfalls halbiert und daraus resultieren die 1,750 Mio. Franken.

Für der Ferienheim in Kandersteg geht man im Finanzplan von einem Verkaufserlös von Fr. 600'000.-- aus. Wenn der Gewinn von Fr. 150'000.-- zum Buchwert von Fr. 100'000.-- addiert wird, können wir davon ausgehen, dass die Liegenschaft für Fr. 250'000.-- verkauft werden soll. Zuerst sollte man einig werden, zu welchem Preis die Liegenschaft verkauft werden soll. Wenn der Verkaufspreis bekannt ist und die Absicht besteht, die Liegenschaft im nächsten Jahr zu verkaufen, so muss der Buchwert ebenfalls im Budget 2006 ausgewiesen werden. Wenn die Absicht zum Verkauf nicht besteht, so muss auch kein Buchwert im Budget ausgewiesen werden.

Es wäre mein Anliegen an den Gemeinderat, hier in Zukunft eine klare Linie zu verfolgen. Das selbe gilt auch für den Verkauf der Liegenschaften Untere Zollgasse 8 und 10. Wenn die Absicht zum Liegenschaftsverkauf besteht (im Budget 2006 sind dafür 1,2 Mio. Franken vorgesehen), muss auch der Buchwert von Fr. 200'000.-- ins Budget aufgenommen werden. Eine klare, nachvollziehbare Strategie ist für den Gemeinderat wie den GGR hilfreich und muss in Zukunft auch zur Anwendung gelangen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich möchte Walter Bruderer herzlich für seine Arbeit danken. Er hat sich akribisch mit den Budgetzahlen auseinander gesetzt. Nur das Resultat ist für mich nicht nachvollziehbar. Als Beispiel möchte ich die Aufforderung zur Personalplafonierung nennen. Es hat sich im Laufe der Budgetdebatte gezeigt, dass das vorliegende Budget 2006 intransparent ist. Ich erwarte, dass der GGR das Geschäft in Zukunft so interpretiert, dass eine transparent Rechnungslegung mit dem entsprechenden Budget seitens des Gemeinderates vorliegt. Das überwiesene Postulat soll dazu mithelfen.

➤ Seite 43, Konto 955.330.02 - Wertberichtigung für gefährdete Steuerguthaben

**Norbert Riesen (SP):** In der Rechnung 2004 wurden effektive Steuerabschreibungen von Fr. 507'567.45 vorgenommen. In den Budgets 2005 und 2006 sind Steuerabschreibungen von je Fr. 500'000.-- vorgesehen. Im Jahre 2004 wurde zusätzlich eine Wertberichtigung für gefährdete Steuerguthaben in der Höhe von Fr. 760'000.-- vorgenommen. In den Budgets 2005 und 2006 sind keine Wertberichtigungen mehr vorgesehen.

- Sind die Fr. 760'000.-- an Wertberichtigung im Jahr 2004 realistisch?
- Muss in den Jahren 2005 und 2006 auch noch mit einem solchen Betrag gerechnet werden?
- Wurde im Jahr 2004 eine Wertberichtigung von grösseren Altlasten vorgenommen?
- Reicht diese hohe Wertberichtigung auch für die nächsten Jahre aus?
- Wie ist die effektive Situation (Stand heute und morgen)?

**Finanzverwalter Stefan Lanz:** Die Revisionsfachstelle verlangt von der Gemeinde, dass auf den jährlichen Steuerausständen (pro Jahr ca. 15 Mio. Franken) eine Delkredere<sup>3)</sup>-Rückstellung (eine sogenannte Wertberichtigung) vorgenommen wird. Wir haben den Entscheid gefällt, dass dieser Vorgang nicht nötig ist, da wir die Steuerabschreibungen jeweils im Budget ausweisen. Mit diesem Vorgehen müssen keine

---

<sup>3)</sup> **Delkredere** ist eine besondere Form der Garantie der Zahlungsfähigkeit. Das Delkredere kommt bei Handelsvertretern und Kommissionären in Betracht. Sie stehen dem Unternehmer bzw. Kommittenten dafür ein, dass der Dritte die Verbindlichkeit aus dem abgeschlossenen bzw. vermittelten Geschäft erfüllt.

zusätzlichen finanziellen Mittel gebunden werden. Jetzt wurde eine Wertberichtigung (Rückstellung) für effektiv gefährdete Guthaben aus den Jahren 2002/2003 vorgenommen. Bei der Auflösung dieser wurde die einmalige Wertberichtigung gebildet.

Heute haben wir keine grösseren Risiken als früher. Die Zahlungsmoral der Steuerzahlenden in Ostermündigen ist nicht schlecht. Der uneinbringliche Zahlungsausstand bei den Steuererträgen beläuft sich jeweils auf rund Fr. 500'000.-- (= ca. 1 % des gesamten Steuerertrags). Dieser Betrag muss jeweils abgeschrieben werden.

**Norbert Riesen (SP):** Zu meinem richtigen Verständnis: Hier handelt es sich um ein Delkredere. Dieses entspricht ca. 2 % der gefährdeten Steuereinnahmen. In der Realität sind nur 1 % gefährdet. Somit muss nicht mit einem zusätzlichen Aufwand gerechnet werden.

**Finanzverwalter Stefan Lanz:** Die Aussage ist richtig.

**Tony Iannino (SP):** Deine Aussage, Stefan, stimmt nicht ganz. Im Prinzip sprechen wir von einem Wertberichtigungsposten, in dem wir in den letzten zwei Jahren die 1,5 Mio. Franken aufgelöst haben. Ich habe festgestellt, dass wir per Stand 31.12.2004 rund 1,4 Mio. und nicht 0,76 Mio. Franken ausgewiesen haben. Es handelt sich also um einen doppelt so hohen Betrag, wie Norbert Riesen angenommen hat. Wurden die 1,4 Mio. im Jahre 2005 aufgelöst? Wenn nicht, so gilt es zu überlegen, diese nun endgültig aufzulösen. Die Bildung von stillen Reserven auf die nächsten paar Jahre ist nicht sinnvoll. Mit dem damaligen Steuersystemwechsel war die Bildung von rund 3 Mio. Franken Reserven gerechtfertigt.

**Finanzverwalter Stefan Lanz:** Wir behandeln heute nicht die Rechnung, sondern das Budget 2006! Die diskutierte Position steht in der Rechnung. Im Budget handelt es sich um eine Delkredere-Rückstellung von den rund 15 Mio. Franken Steuerausständen per Ende Jahr. Jede andere Firma weist eine solche Position im Budget auch aus, zumal dies von der Rechnungskontrollstelle explizit verlangt wird. Eine Buchhaltung muss den gefährdeten Risiken (auch wenn sie nur theoretisch existieren) Rechnung tragen (= Revisionsanfordernis).

**Ratspräsident:** So, die ausführliche Budgetdebatte scheint beendet zu sein. Es liegen keine Wortbegehren zur Detailberatung mehr vor und wir können die Abstimmung vornehmen.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2006 werden wie folgt festgesetzt:
  - a. Für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Vermögensgewinn) das 1,65 fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.
  - b. Für die Liegenschaftssteuer 1,2 ‰ des amtlichen Wertes.
  - c. Für die Wehrdienst-Ersatzsteuer 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens Franken 200.--.
  - d. Für die Hundetaxe Franken 100.-- pro Tier. Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2006 abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Franken 2'277'450 wird genehmigt.
3. Das Postulat A. Bruderer (FORUM) gemäss Art. 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung des GGR betreffend Voranschlag 2006 wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.
4. Die Ziffern a. und b. dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

**Gemeinderat Peter Suter (SVP):** Ich möchte noch kurz auf mein letztes Votum zurück kommen. So wie die Diskussion am Schluss verlaufen ist, war es richtig. Jede einzelne Budgetposition begründet gesamthaft gesehen einen per Ende Jahr abgerechnete Kredit. Im Zusammenzug kann nicht irgend eine Position einfach plafoniert werden. Dem Gemeinderat wäre es fast unmöglich gewesen, die Plafonierung auf die einzelnen Budgetpositionen im ganzen Voranschlag zu übertragen. Ich bin froh, dass der Rat dem Änderungsantrag nicht zugestimmt hat.

- ① Für meine „starken Worte“ in der Debatte möchte ich mich entschuldigen; ich nehme diese natürlich zurück.
- ① Norbert Riesen möchte ich noch beruhigen! Die Budgethoheit bleibt nach wie vor beim Parlament und die Exekutive will diese nicht streitig machen.
- ① Für das Vertrauen, dass das Parlament dem Gemeinderat ausgesprochen hat, möchte ich mich herzlich bedanken. An mir soll es nicht liegen, die guten Ratschläge umzusetzen.

**--- 5 minütige Pause ---**

71 10.11 Reglemente Gemeinde

**Personal- und Besoldungsordnung (PBO) vom 23. Oktober 2005; Anpassung von Artikel 22 (Mutterschaft) an übergeordnetes Recht (Erwerbsersatzgesetz EGO) - Genehmigung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Aus dem Rat liegen keine Wortbegehren vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Art. 22 der Personal- und Besoldungsordnung (PBO) vom 23.10.2003 wird infolge übergeordneten Rechts wie folgt abgeändert:
  - Abs. 1. „Mitarbeiterinnen haben Anspruch auf bezahlten Mutterschaftsurlaub.“
  - Abs. 2. „Der Gemeinderat regelt durch Verordnung den bezahlten und unbezahlten Mutterschaftsurlaub.“
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, Art. 63 (Mutterschaft) der Verordnung zur PBO (VPBO) vom 16.12.2003 unter Berücksichtigung der eidgenössischen Bestimmungen abzuändern.

72 50.11 Gebühren

**Reglement über die Festsetzung der Gemeinde-Einbürgerungsgebühren; Aufhebung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Aus dem Rat liegen keine Wortbegehren vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Das Reglement zur Festsetzung der Gemeinde-Einbürgerungsgebühren vom 7.1.2003 wird auf 31.12.2005 aufgehoben. Anstelle des Reglements tritt die Gebührenverordnung mit Anhängen der Gemeinde Ostermundigen.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.



73 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

**UeO „Zentrum“ (Seniorenresidenz); Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen - Kreditbewilligung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Heinz Gfeller (FDP):** Der Grund dieses Geschäftes liegt bei der zu bauenden Seniorenresidenz. Die Initiierung wurde seinerzeit durch die FDP-Fraktion ausgelöst. Die Vorlage scheint uns vernünftig. Es ist eine Kombination - Ersatz der alten Leitungen mit dem Anschluss an der Mitteldorfstrasse und die Erschliessung einer Ringleitung mit Verbindung zur Schulanlage Bernstrasse - geplant. Die Sicherheit der Wasserversorgung wird erhöht. Die FDP-Fraktion unterstützt das Geschäft.

**Maria Anna Baumann (SP):** Wir bauen eine Seniorenresidenz. „Residenz“ heisst für mittlere bis dicke Portemonnaies. Die Gemeinde Ostermündigen kann sich nicht erlauben, ein solches Gebäude an zu schwache Erschliessungsleitungen anzuschliessen. Das bisherige Wassernetz ist zu klein, zu alt, für die Feuerwehr nicht zugänglich und die Löschkapazität ist zu gering. Es gilt zu beachten, dass es sich um ein Gebäude handelt, welches Kinder und ältere Leute beherbergen wird. Die Graugussleitung in der Mitteldorfstrasse wurde im Jahre 1913 eingelegt und muss ersetzt werden. Wenn dieser Abschnitt ersetzt wird, ist die gesamte Mitteldorfstrasse mit einer fast neuen Wasserleitung ausgerüstet. Die neue Erschliessung ab Mitteldorfstrasse ermöglicht eine Verdoppelung der Löschleistung. Nach der Sanierung werden die Vorschriften der Gebäudeversicherung garantiert. Ich bitte den Rat, das Geschäft zu unterstützen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Für den Ersatz und Neubau der Wasserhauptleitung für die Seniorenresidenz „Mitteldorfpark“ wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 378'000.-- inkl. MWSt. bewilligt.

74 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung  
42.312 Abwasseranlagen; Neuerstellung

**UeO „Mitteldorfstrasse/Gärtnerei Kiener“ (Revitalisierung Löttschenbach); Neubau und Ersatz der Wasser- und Abwasserleitungen - Kreditbewilligung**

**Ratspräsident:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Maria Anna Baumann (SP):** Der UeO-Perimeter muss bis anfangs 2006 erschlossen werden. Bis heute ist die Gärtnerei Kiener an keiner Abwasseranlagen angeschlossen. Von den hier jährlich mehrmals stattfindenden Überschwemmungen wollen wir nicht sprechen. Die Erschliessung der Mitteldorfstrasse und der Gärtnerei Kiener ist unbestritten dringend notwendig.

Es stellt sich die Frage, wieso die Revitalisierung Löttschenbach ebenfalls mit diesem Geschäft verabschiedet wird? Im Löttschenbach sind die Werkleitungen geduldet. Das heisst, der Bachverlauf hat gegenüber den Werkleitungen Vortritt. Hier handelt es sich um Spätschäden. Heute darf nicht mehr so gebaut werden. Die Leitungen müssen heute mindestens 10 m vom Bachlauf entfernt eingelegt werden. Vor 40 Jahren sind aussergewöhnliche Massnahmen aus Kostengründen noch genehmigt worden.

Die Kosten werden durch die Wasserrechnung finanziert. Vom Kanton können keine Subventionsbeiträge erwartet werden. Die Kosten tragen nun diejenigen, welche dazumal ja zu dieser Billigvariante gesagt haben. Der Naturschutz wurde vor 40 Jahren überhaupt nicht beachtet.

Etwas Erfreuliches hat dieses Geschäft doch noch zum Vorschein gebracht. Im Parlament wurde schon mehrmals über die abteilungsübergreifende und auch externe Zusammenarbeit gesprochen. Hier liegt nun ein „Zusammenarbeitsprojekt“ zwischen dem kantonalen Naturschutzinspektorat, dem Tiefbauamt und den Gemeindebetrieben vor. Bravo!

**Michael Meienhofer (FORUM):** Aus der Sicht des FORUM wird die Revitalisierung des Löttschenbachs begrüsst. Ein grosser Teil des Baches wurde bereits der Natur zurück geführt. Zum Teil wurde der Wildwuchs bemängelt. Wir haben uns Gedanken zum manchmal tiefen Wasserstand gemacht. Wird im Sommer Wasser aus dem stillgelegten Pumpwerk Bachstrasse zugeführt, um auch in der Trockenperiode den wassernahen Tieren einen Lebensraum gewähren zu können?

**Beat Weber (SVP):** In der Botschaft wird erwähnt, dass die Rohrlegearbeiten zwingend mit den anderen Werkleitungen sowie der neuen Löttschenbachführung unter der Bernstrasse koordiniert, geplant und ausgeführt werden müssen. Die SVP-Fraktion stellt sich die folgenden Fragen:

- Welche Kosten lösen die Parallelarbeiten unter der Bernstrasse aus?
- Durch wen werden diese Arbeiten finanziert?
- Wieso sind diese Kosten nicht im Investitionskredit enthalten?

**Gemeinderat Rolf Rickenbach (FDP):** Ich versuche die Fragen zu beantworten. Zur Frage von Michael Meienhofer: Wie weit die Idee für das Pumpen von Wasser in den Lötchenbach sinnvoll ist, kann ich nicht beantworten. Diese Frage müssten die mit der Revitalisierung beauftragten Fachstellen prüfen. Es sind Ideen für die Nutzung (evtl. Wärmepumpe für das Gebiet Oberdorf) des Pumpwerks Bachstrasse vorhanden. Wir werden die Idee aufnehmen, prüfen und zu gegebener Zeit Auskunft erteilen.

Dem Votum von Beat Weber entnehme ich, dass nicht die Wasser- und Abwasserleitungen, sondern das Rippenrohr für den Lötchenbach gemeint ist. Dieses Rohr hat keinen direkten Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft. Wir müssen die ganze Wasser- und Abwasserversorgung für das umliegende Gebiet sicherstellen (+/- die Umgebung). Für die Revitalisierung Lötchenbach ist das Tiefbauamt zuständig.

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Zur Frage von Michael Meienhofer: Technisch wäre ein Wassereinleiten in den Lötchenbach möglich. Doch von Seiten Kanton ist der Vorgang nicht zulässig. Im Lötchenbach wird mit der Überbauung Oberdorf mehr Wasser abfliessen. Eine saisonale Wasserschwankung wird aber auch dann nicht zu vermeiden sein. Es muss ebenfalls darauf geachtet werden, dass während einem heftigen Gewitter der Bach nicht über die Ufer tritt. Die Natur wird sich mit dem zur Verfügung stehenden Wasserstand in Einklang setzen.

Zu den Kosten für das Rippenrohr unter der Bernstrasse kann ich jetzt keine genauen Auskünfte geben. Das Rippenrohr hat aber mit der Revitalisierung des Lötchenbachs an und für sich nichts zu tun.

***Anmerkung des Ratssekretärs:***

Abklärungen beim Tiefbauamt haben ergeben, dass die Kosten für das Rippenrohr sich auf rund Fr. 60'000.-- belaufen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

Aus Ratsmitte liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Für den Neubau und den Ersatz der Wasser- und Abwasserleitungen im Bereich Bernstrasse 84 - 89 und im Bereich der Öffnung des Lötschenbachs (UeO Nr. 3 „Mitteldorfstrasse/Gärtnerei Kiener“) wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 490'000.-- inkl. MWSt. bewilligt.

75

## **Orientierungen des Gemeinderates**

### ***Buslinie 10: Abschaffung der Eilkurse - Richtigstellung der Mehrkosten***

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Sie konnten kürzlich den Medien entnehmen, dass per Fahrplanwechsel im Dezember 2005 auf der Linie 10 die Eilkurse aufgehoben werden. Zu dieser Aufhebung kommt es, weil Swisscom-Mobile im Herbst 2006 nach Köniz umzieht. Das hat zur Folge, dass eine Haltestelle, die bisher vom Eilkurs ausgelassen worden ist, viel stärker frequentiert wird und deshalb von allen Kursen bedient werden muss. Für den Könizer Ast der Linie 10 würde das bedeuten, dass die Eilkurse nur noch drei Haltestellen auslassen könnten. Auf dem Ostermundiger Ast sind es vier Haltestellen, die der Eilkurs auslässt, also nicht viel mehr. Weil zusätzlich festgestellt worden ist, dass die Eilkurse weniger gut ausgelastet sind als die Normalkurse, sind der Kanton, die RVK4 und die betroffenen Gemeinden zum Schluss gekommen, dass es sinnvoll ist, die Eilkurse aufzuheben und stattdessen während den Stosszeiten einen 3-Minuten-Takt mit Normalkursen anzubieten.

Für Ostermundigen ist zu beachten, dass wir heute zwar einen 2,5-Minuten-Takt anbieten. Allerdings ist das bei uns oft ein „galoppierender“ Takt, d. h. oft kommen der Eilkurs und der folgende Normalkurs miteinander an die Haltestelle, und danach dauert es mehr als 2,5 Minuten, bis die nächsten Busse kommen. Ein konstanter 3-Minuten-Takt ist deshalb keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung.

In den Medien war zudem zu lesen, dass die Aufhebung der Eilkurse Ostermundigen Mehrkosten in der Höhe von 52'000 Franken verursacht. Diese Information ist so nicht richtig. Richtig ist, dass mit der Aufhebung der Eilkurse insgesamt weniger Busse an unseren Haltestellen anhalten. Deshalb werden uns weniger ÖV-Punkte angerechnet, und das ergibt eine Einsparung von rund 71'000 Franken.

Wir haben heute ja auch über die neue Haltestelle beim Rütischulhaus diskutiert. Und auch über die Kosten von 123'000 Franken. Aus der Differenz zwischen den Mehrkosten von 123'000 Franken und der Einsparung von 71'000 Franken ergeben sich die Mehrkosten von 52'000 Franken, die in den Medien aufgeführt worden sind.

### ***Schulsozialarbeit; Standortbericht***

**Gemeinderat Thomas Iten (SP):** Am 9. September 2004 hat das Parlament dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, bis im Herbst 2005 ein Konzept für die Schulsozialarbeit zu erarbeiten. Das Konzept liegt heute und auch an der Dezember-Sitzung noch nicht vor. Dies hat verschiedene Gründe. Die Schulsozialarbeit kann nicht auf Knopfdruck eingeführt werden. Es wurde mit allen betroffenen Personen ein Projekt gestartet, welches die Erstellung eines Konzeptes zum Ziele hat. Der Zeitplan ist

nach wie vor sehr ehrgeizig. Im Frühjahr 2006 soll dem GGR das Konzept und das weitere Vorgehen zum Entscheid vorgelegt werden.

### ***Wasser- und Abwasserreglemente; weiteres Vorgehen***

**Gemeinderat Rolf Rickenbach (FDP):** An der letzten GGR-Sitzung vom 8. September 2005 orientierte der Gemeindepräsident über die abgeschlossenen Untersuchungen zur Generellen Wasserversorgungsplanung (GWP) und Generellen Entwässerungsplanung (GEP). Die detaillierten Ausführung hierzu sind im Protokoll auf den Seiten 259 und 260 nachzulesen bzw. es wird auf das GPK-Protokoll verwiesen, welches eine Zusammenfassung der Berichte des beauftragten Ingenieurbüros in Bezug auf die anstehenden Investitionen sowie eine darauf basierende Abschätzung der Abteilung Gemeindebetriebe zu den notwendigen Einnahmeerhöhungen enthält. Ich möchte nun kurz orientieren, wie die Weiterbearbeitung dieser Grundlagen vorgehen soll.

Zur Ausgabenseite: Die sehr genaue Auflistung der anstehenden Investitionen durch die beauftragten Ingenieurbüros bilden nun das Rückgrat einer mittel- bis längerfristige Planung der Projekte der Gemeindebetriebe. Es liegt nun an der Abteilung, diese Liste im Sinne eines Businessplans laufend zu aktualisieren, abgeschlossene Projekte auszutragen, Korrekturen und neue Erkenntnisse einfließen zu lassen. Zudem muss diese Liste einerseits ein Evaluationsmittel für die Überprüfung der Kostenschätzungen sein, und andererseits als Grundlage für die generelle Wasserplanung dienen. Entscheidenden Einfluss auf diese Wasserplanung wird zudem haben, ob die Neustrukturierung des Wasserverbands Region Bern (WVRB) im Laufe des Jahres 2006 zur Genehmigung geführt werden kann, d. h. ob die entsprechenden Kompetenzgremien bereit sind, das Primärsystem der gemeindeeigenen Wasserversorgung (Quellen, Pumpwerke, Reservoir) der regionale Gemeinschaft zu verkaufen.

Zur Einnahmenseite: Die neuen Reglemente für die Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung, in welchen unter anderem auch die Rahmenbedingungen und Grundstruktur der Gebührentarife festgelegt werden, sind beinahe fertiggestellt und sollen dem GGR zu Beginn des neuen Jahres zur Genehmigung vorgelegt werden. Entgegen der Information anlässlich der Beantwortung der Interpellation von Walter Bruderer zu den Wasser- und Abwassergebühren an der GGR-Sitzung vom 17. März 2005, in welcher die Genehmigung der Reglemente bereits Ende dieses Jahres in Aussicht gestellt wurde, ergibt sich diese kleine Verzögerung unter anderem auf Grund von Ferienabwesenheiten der beratenden Fachpersonen.

Parallel dazu beginnt die Gemeindebetriebekommission unter Beihilfe einer ausgewiesenen Fachperson, einen für alle Anspruchsgruppen - Klein-, Mittel- und Grossverbraucher - vertret- und verkraftbaren Gebührentarif auszuarbeiten. Die endgültige Form kann jedoch erst dann gefunden werden, wenn durch die Genehmigung der Reglemente durch das Parlament die erwähnten Rahmenbedingungen und Grundstrukturen festgelegt wurden. Sollte dies der GGR zu Beginn des neuen Jahres voll-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

ziehen, ist mit dieser definitiven Form des Gebührentarifs im späteren Frühling zu rechnen und könnte durch den Gemeinderat allenfalls auf den 1. Mai 2006 oder sonst auf den 1. November 2006 in Kraft gesetzt werden.

Es bleibt nun noch einzig darauf hinzuweisen, dass zur Zeit und nach geltendem Wasserversorgungsreglement Art. 53 Abs. 3 die Gemeindebetriebekommission für die wiederkehrenden Gebühren die Gebührentarife inkl. die Gebühr für ungemessene Wasserbezüge und die Mietgebühr für Wasserzähler festlegt. In diesem Zusammenhang hat die Gemeindebetriebekommission am 20. Oktober 2005 beschlossen, die erwähnten Gebühren bereits auf den 1. November 2005 im Bereich Wasser um 20 % linear zu erhöhen. Linear deswegen, weil das geltende Reglement noch keinen Spielraum zulässt. Dieser Anpassung unserer Wassergebühren hat die Gemeindebetriebekommission insbesondere deshalb zugestimmt, weil damit einerseits unsere Spezialfinanzierung Wasser, welche im Gegensatz zum Abwasser beinahe keine Reserven mehr enthält, kurzfristig und vorerst aufgefangen werden kann, andererseits, weil dadurch der notwendigen, massiven Anpassung gemäss der Orientierung anlässlich des letzten GGR bereits etwas die Spitze genommen werden kann.

Ich hoffe, mit diesen Informationen gedient zu haben.

76	10.374	Interpellationen
	10.801	Ständige Vertretungen in Gemeindeverbänden, regionale Gremien und Institutionen

**Überparteiliche Interpellation betreffend Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit; Vernehmlassung zu den Verfassungs- und Gesetzesänderungen - Stellungnahme der Gemeinde Ostermundigen; *parlamentarischer Neueingang***

***Ausgangslage***

Am 6.9.2005 nahm der Grosse Rat des Kantons Bern Kenntnis vom regierungsrätlichen Bericht zur Strategie. Gemäss Terminvorgaben sind nun vom Regierungsrat bis Sommer 2006 die nötigen Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen auszuarbeiten, die der Grosse Rat in der Novembersession 2006 behandeln wird.

Auf Einladung der „Agglomerationskommission des Berner Stadtrates“ fand am 21.10.2005 in Bern ein wertvoller Workshop mit dem Titel „Parlamente und Agglomerationsstrategie in der Region Bern“ statt. Aus den Vorortsgemeinden waren kommunale Parlamentsmitglieder aus Köniz, Münchenbuchsee, Muri, Worb und Zollikofen anwesend. Aus Ostermundigen nahmen am Workshop teil: Frau Basler und die Herren Aziz, Bruderer, Gfeller und Julmi.

Aus den informativen Referaten ging unmissverständlich hervor, dass die Gemeinden Kompetenzen an eine „Regionalkonferenz“ abgeben sollen. Soweit dies die Parlamente der Gemeinden betrifft, wurde darum in drei Gruppen versucht, die folgenden Aspekte zu bearbeiten und grundsätzliche Fragen zu beantworten:

1. Gemeinsame Anliegen der Parlamente bezüglich Agglomerationsstrategie?
2. Welche Möglichkeiten hat ein Gemeindeparlament, um die Agglomerationspolitik zu beeinflussen bzw. welche Instrumente wünscht es sich?
3. Welche Formen der engeren Zusammenarbeit zwischen Agglomerationsgemeinden und Stadt sind anzustreben?

Da die geplanten Änderungen im Rahmen der geplanten „Regionalkonferenz“ sowohl die Gemeindeordnung als auch die Kompetenzen (Souverän, Legislative, Exekutive) tangieren und die Gemeinden zur Vernehmlassung eingeladen sind, stellen sich die folgenden

***Fragen***

1. Hat der Gemeinderat im Rahmen der Vernehmlassung bereits geantwortet?
2. Wenn ja: Kann die gemeinderätliche Stellungnahme spätestens zusammen mit den Einladungs-Unterlagen (GGR-Sitzung 15.12.2005) den Mitgliedern des Parlamentes zugestellt werden?



Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

3. Welche Änderungen (Aufgaben, Kompetenzen etc.) wären nach Meinung des Gemeinderates in Ostermündigen für Souverän, Legislative und Exekutive zu erwarten?

eingereicht am 27. Oktober 2005

sig. Walter Bruderer (FORUM)  
Michael Meienhofer (FORUM)  
Egon Julmi (FDP)  
Heinz Gfeller (FDP)  
Claudine Basler (SP)  
Dogan Aziz (SP)  
Andreas Thomann (SP)

77 10.374 Interpellationen

**Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Folgen der anvisierten Bevölkerungszahl; parlamentarischer Neueingang**

***Ausgangslage***

Bekanntlich hat sich der Gemeinderat für Ostermundigen das Ziel gesetzt, eine Einwohnerzahl von rund 18'000 zu erreichen. Bei dieser Zielsetzung gingen wir aufgrund der Aussagen des Gemeindepräsidenten davon aus, dass die nötige Infrastruktur dafür vorhanden ist, um so mehr als Ostermundigen vorübergehend bedeutend mehr EinwohnerInnen aufwies als heute.

Bei der Behandlung des Geschäfts „Schulhausrenovation Rüti“ hat sich indessen die Frage gestellt, ob ausreichender Schulraum tatsächlich vorhanden ist. Es wäre denkbar, dass bei genauer Analyse der Folgen der erwarteten Entwicklung Engpässe auf beliebigen Gebieten vorhanden sein könnten.

Im Hinblick auf eine Ostermündiger Bevölkerung von 18'000 EinwohnerInnen stellen wir deshalb folgende drei

***Fragen***

1. Bietet die heute vorhandene Infrastruktur (einige Stichworte: Strassen, ÖV, Kindergärten, Schulhäuser, Tagesschule, Mittagstisch, Sport- und Freizeitanlagen usw.) Gewähr, dass sie nicht angepasst, erweitert, ergänzt oder vermehrt werden müssen?
2. Sind in der Finanzplanung nicht nur alle einmaligen, sondern auch alle wiederkehrenden Aufwände abgedeckt (einige Stichworte: Personal, Maschinen, Geräte, Räume, Unterhalt, ÖV, Wartung, Abfallbeseitigung, Vandalismus, Gesundheit, Hygiene, Reinigung, Sicherheit, Umgebungspflege, Gesellschaft, Tagesschule, Mittagstisch, Wasser, Abwasser, Abfall, Feuerwehr)?
3. Wie gross ist die Wahrscheinlichkeit bzw. Gewähr (einige Stichworte: Ortsplanung, Zusammensetzung der Bevölkerung, Konkurrenz von anderen Gemeinden, kant. Gesetzgebung, Politik), dass sich die erwarteten Erträge (Steuern, Gebühren usw.) tatsächlich realisieren lassen?

eingereicht am 27. Oktober 2005

sig. Walter Bruderer  
Michael Meienhofer

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 27. Oktober 2005

---

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Der Präsident:

Der Sekretär:

Bruno Schröter

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog

